

DER Offizier

Ausgabe 3/2017 × Zeitschrift der Österreichischen Offiziersgesellschaft



Genug Soldaten für
das Bundesheer

Milizpreis 2017

Südafrika



**Wehrpolitische Befragung
der Spitzenkandidaten**

OBSERVER

Eine besonders heikle Lage

Die Nationalratswahlen 2017 sind für unser Land ganz besonders wichtig. Es ist im politischen System und im Alltag unserer Gesellschaft so vieles nicht in Ordnung, dass es nach den Wahlen zu massiven Veränderungen kommen muss, sollte nicht der Unmut der Bevölkerung wie ein Dampfkessel unter extremem Überdruck explodieren. Ein politischer Kommentator hat es wie folgt ausgedrückt: „In Österreich herrscht Stillstand. Unser Land wird nicht regiert. Es wird nur katastrophal verwaltet. Österreich hat pro Einwohner um 27 % höhere Ausgaben für die Hoheitsverwaltung als Deutschland. Das Wirtschaftswachstum ist null. Es fehlen Reformen für den Arbeitsmarkt, im Gesundheits-, Bildungs- und Pensionsbereich. Die Abgaben- und Steuerquote von 42 % ist erdrückend. Es gibt eine halbe Million Arbeitslose. Die relative Armut nimmt zu. Die Lage der inneren Sicherheit ist erschreckend. Wie brauchen keine Überschriftenpolitik, sondern Reformen. Sonst fahren wir gegen die Wand.“ (T. Wallentin, Krone, 2. 4. 2017)

Wenn hier die innere Sicherheit angesprochen wird, dann ist nicht nur der Polizeiapparat, sondern auch das Bundesheer anzuführen. Denn ohne den militärischen Apparat wird es heute und in Zukunft keine „Sicherheit“ geben. Denken wir nur an die drohende Massenmigration, an den Extremismus aus Asien und Nordafrika, der nach Europa eingeschleppt wird, usw. Wenn der Kommentator von der „erschreckenden Lage“ schreibt, so hat er absolut recht. Die Sünden der vergangenen Regierungen der letzten Jahrzehnte am Bundesheer können nicht in wenigen Monaten repariert werden. So sehr sich die Verantwortlichen auch bemühen. Qualitativ ansprechendes Personal und Material zu ersetzen, braucht Zeit. Verbände zu formieren, die „eingespielt“ sind und nur dann eingesetzt werden dürfen, benötigt ebenfalls Zeit. Wenn wir uns die Reformpläne bei der Miliz ansehen, dann läuft der Zeithorizont mehr als zehn Jahre, sofern alle Zusagen eingehalten werden und der Rekrutenschwund aufgehalten werden kann. Und die Pensionierungswelle beim Personal im Dienststand reißt zu alledem

weitere Löcher auf. Von den politischen Schwierigkeiten beim Materialersatz (Flugzeuge, um nur ein Beispiel zu nennen) können Generationen von Soldaten berichten. Und insbesondere neue Flugzeuge werden zu beschaffen sein. Dass von manchen Themen, wie Flieger- und Drohnenabwehr, nicht einmal gesprochen wird, obwohl die Themen nicht zu übersehen sind, spricht Bände. Man weiß anscheinend nicht, wo man den ersten Schritt setzen soll, weil so viel „offen“ ist.

Wenn nun ein neuer Gesetzgeber gewählt und eine Regierung zusammengestellt wird, dann verlangt das eine hohe Verantwortung für unseren Staat. Es kann nicht bloß um Macht und politische Pfründe gehen, sondern um das Bewusstsein, dass unsere staatliche Existenz in der Waagschale liegt. Vielleicht wollen manche die Auflösung von Nationalstaaten, aber dann muss klargestellt sein, dass es ohne diese weder Demokratie noch Rechtsstaatlichkeit geben kann.

Gehen wir davon aus, dass dieses Wissen und das hohe Verantwortungsbewusstsein gegeben sind, dann bedarf es Persönlichkeiten, die auch die erforderlichen Taten – nicht bloß Worte – setzen wollen und können. Die Geschichte der Besetzung unserer Verteidigungsminister hat gezeigt, dass hier im Land anscheinend vieles möglich ist. An ihren Taten haben wir sie erkannt und die Früchte geerntet. Die Ausnahmeerscheinung des letzten Heeresministers könnte infrage gestellt sein, wenn die politischen Konstellationen wechseln. Wird man wieder eine Persönlichkeit finden, der man die militärische Sicherheit unseres Landes anvertrauen kann und die vom Kanzler und den Ministerkollegen zur Sicherheit unserer Bürger voll unterstützt wird? Denn Landesverteidigung ist keine „one-man-action“, sondern eine Aufgabe für die gesamte Regierung und den Gesetzgeber. Darauf ist zu achten, weil unsere Bürger verständlicherweise prioritär nach Sicherheit verlangen und das Recht dazu haben. ❌

Observer

Inhalt

- 4 Brief des Präsidenten
- 6 Spitzenkandidaten zur Wehrpolitik
- 11 Genug Soldaten für das Bundesheer?
- 16 Miliz: Ein Gewinn für Sicherheit und Arbeitgeber
- 17 Ausrüstung des Bundesheers – Es gibt noch viel zu tun!
- 20 Tod eines Rekruten
- 22 (Süd-) Afrika versinkt im wirtschaftlichen Chaos
- 26 Integrationsbericht 2017
- 28 Doskozil: Antikorruptions-Paket
- 30 Der militärdiplomatische Dienst des Bundesheeres

DER OFFIZIER

Medieninhaber und Herausgeber: Österreichische Offiziersgesellschaft, Schwarzenbergplatz 1, 1010 Wien, ZVR-Zahl: 795014511 | **Chefredakteur:** GenMjr Mag. Herbert Bauer | **Erscheinungsort:** Wien | **MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:** Bgdr i. R. A. Eigentler, MSD; Obst i. R. O. Heel (Tirolbeilage); M. Musner; M. Sala
Marketing: Dr. Michael Radike, marketing@oeog.at
Hersteller: TARGET GROUP Publishing GmbH, Brunecker Straße 3, 6020 Innsbruck
Druck: Ing. F. Feilhauer, 2620 Neunkirchen, Seebensteiner Straße 11 | **Fotos:** Titelbild: ÖOG/Fotolia/Trueffelpix; andere gem. Einzelnachweis.

Namentlich gezeichnete Beiträge müssen sich nicht mit der Meinung des Herausgebers decken. Unaufgefordert eingesandte Beiträge bedeuten keine automatische Veröffentlichung.

Internet: www.oeog.at, deroffizier@oeog.at

Offenlegung gemäß § 24 und § 25 Mediengesetz:

Die Zeitschrift „Der Offizier“ befindet sich zu 100 % im Eigentum der Österreichischen Offiziersgesellschaft, 1010 Wien, Schwarzenbergplatz 1. Die Richtung der überparteilichen Zeitschrift ist durch die Statuten der ÖOG bestimmt und bezweckt Information in Wort und Bild zu Themen der internationalen und nationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Vorwort

**Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser!**

In demokratischen Staaten sollte das Militär in die Gesellschaft integriert sein. In Österreich ist das – nicht zuletzt wegen der Allgemeinen Wehrpflicht – auch sicher so gegeben und das ist gut so. Betrachtet man jedoch die Schmutzkübel-Kampagnen, die in regelmäßigen Abständen über das Bundesheer hereinbrechen, ist es auch dem Soldaten erlaubt, diese Gesellschaft, der er dient, kritisch zu durchleuchten. Die Aggression, die aus verbalen Angriffen ideologischer Minderheiten herausklingt, steht im klassischen Widerspruch zu den Werten, die von diesen Leuten angeblich hochgehalten werden, wie z. B. die friedliche Konfliktlösung. Ausgrenzung, Fake-Nachrichten und maßlos übertriebenes Aufblasen von tatsächlichen oder vermeintlichen Fehlern werden offensichtlich zum Ventil für eigene Unzulänglichkeiten. Moralintiefendes Ansprucherheben auf die vermeintliche Wahrheit, bei Außerachtlassen von Fakten und Lebensweisheiten, kennzeichnet derartige Attacken. Es ist auch bezeichnend, dass man von diesen Leuten in der Regel nichts hört, wenn die allgemeine Lage gerade ungemütlich ist und das Militär seinem Urauftrag nachkommt, nämlich Stabilität zu erhalten und zu sichern. Gott sei Dank lässt sich das positive Grundwesen eines Volkes davon nur bedingt beeinflussen, wenngleich man besorgt sein darf, dass die Wirkung derartiger Propaganda auch an den sogenannten Intellektuellen nicht spurlos vorbeigeht. Staatsbewusstsein, Staatslehre und deren Grundpfeiler geraten dabei manchmal aus dem Blickfeld und müssen bei jenen zu Kopfschütteln führen, die ihr berufliches Leben, meist ideell motiviert, dem Staat und der Gesellschaft verschrieben haben. Meist hilft dem Soldaten dann nur, sich darauf zu besinnen, dass er für Staatsgrundrechte und Bürgerechte eintritt und dass es eben eine besonders pikante Herausforderung ist, sich auch für Redefreiheit jener Leute einzusetzen, deren gesellschaftlicher Beitrag darin besteht, die Gesellschaft und ihren Frieden mit populistischer und polemischer Kritik zu stören. Für die Sicherheit verantwortlich zu sein ist größer als die verantwortungslose Geiferei gegen die Träger der Sicherheit.

**Ihr Chefredakteur
Herbert Bauer**

Brief des Präsidenten

Blick über den Tellerrand



© ÖÖG/FOTOSTUDIO WILKE

Im August habe ich den jährlichen Sommerkongress der internationalen Offiziersgesellschaft CIOR besucht, in der ich als Vize-Präsident das Mitgliedsland Österreich vertrete. Der formelle und informelle Gedankenaustausch mit Kameraden aus 34 Mitgliedsländern weitet einerseits den Horizont, andererseits kristallisieren sich aber im Vergleich die hausgemachten, österreichischen Probleme in der Sicherheitspolitik noch akzentuierter heraus.

Über die großen geopolitischen Herausforderungen besteht Konsens: Bedrohungen aus dem und im Cyber-Raum, internationaler Terrorismus und die weltweite Migration als Folge kriegerischer Auseinandersetzungen, des Klimawandels und massiver, wirtschaftlicher Ungleichgewichte stehen im Fokus. Bemerkenswert ist aber, dass es international nicht bei der Analyse der Problemfelder bleibt, sondern auch konkrete Ableitungen und Maßnahmen gesetzt werden. Seit dem NATO Summit in Cardiff im Jahr 2014 erhalten wir regelmäßig Fortschrittsberichte der NATO-Länder, die ihre Verteidigungsausgaben schrittweise auf die vereinbarten 2 % des BIP anheben. Und auch die bündnisfreien und neutralen PFP-

Länder machen ihre Hausaufgaben. Wenn dann die Vertreter der Schweizerischen Offiziersgesellschaft bedauern, dass auch in der Schweiz – an deren Vorbild wir unsere Neutralität ausrichten sollen – nicht mehr alles so klaglos läuft, weil die Mobilmachungsstärke auf 100.000 Soldaten gesenkt wird, dann kommt man wirklich ins Grübeln. Die Schweizer Armee verfügt derzeit nämlich in zehn Brigaden beispielsweise über 134 Kampfpanzer Leopard, 133 Panzerhaubitzen M 109, 30 Jets der Type F/A-18 Hornet und 53 F-5 Tiger, Österreich hingegen in zwei Brigaden und zwei Brigadeäquivalenten über 48 Kampfpanzer und 54 Panzerhaubitzen M 109, 15 Jets der Type Eurofighter und 22 Saab 105 Schulungsflugzeuge.

Auf der Insel der Seligen

Während alle sicherheitspolitischen Grundsatzpapiere in Österreich dieselbe Sprache sprechen, bleibt die Umsetzung immer wieder Stückwerk. Kein ernstzunehmender Analyst würde behaupten, dass Österreich wegen seiner Lage oder des Charmes seiner Bewohner vor den großen Bedrohungen geschützt wäre. Und doch scheint die Maxime „Es wird schon gutgehen“ die ewige Leitlinie der österreichischen

Verteidigungspolitik zu sein. Als im Herbst 2015 die unheilige Allianz aus „Nicht-Wollen“ und „Nicht-Können“ zum Zusammenbruch von Ordnung und Sicherheit an den Südgrenzen Österreichs führte, wurde der Ernst der Lage allerdings offensichtlich. In einer Sternstunde des Parlamentarismus forderte der Nationalrat einstimmig ein Umdenken in der Sicherheitspolitik ein. Die Bundesregierung verabschiedete ein Sicherheitspaket und versprach zusätzliche Mittel – allerdings über Jahre verteilt und damit in der Verantwortung einer zukünftigen Regierung.

Weichenstellung bei der Herbst-Wahl

Damit wird die Nationalratswahl am 15. Oktober auch mitentscheidend sein, welchen sicherheitspolitischen Kurs Österreich in den nächsten Jahren einschlagen wird. Gewieft Wahlkampfstrategen haben daher natürlich auch das Stimmenpotential der Plattform Wehrhaftes Österreich, des Verbands der wehrpolitischen Vereine Österreichs mit bundesweit ca. 250.000 Mitgliedern, entdeckt. Als parteipolitisch unabhängige Organisation ist es jedoch nicht unsere Aufgabe, mündi-

gen Staatsbürgern Wahlempfehlungen zu geben. Aber als größte Lobby für das Bundesheer ist es unsere Pflicht, die Spitzenkandidaten mit konkreten Fragen zur Sicherheitspolitik zu konfrontieren. Lesen Sie die Antworten darauf in dieser Ausgabe der Zeitschrift „Der Offizier“ und bilden Sie sich selbst ein Urteil.

Erwartungen an die Politik

Und natürlich haben die Vertreter der großen wehrpolitischen Organisationen auch Erwartungen und Forderungen an die zu wählenden Volksvertreter und an eine neue Bundesregierung:

1. Geistige Landesverteidigung

Ohne den Willen, die Republik Österreich, ihre Grundwerte und vor allem die Bevölkerung zu schützen, sind alle Verteidigungskonzepte wertlos. Um diesen Verteidigungswillen zu erreichen, bedarf es Information und Bewusstseinsbildung innerhalb der Bevölkerung. Daher ist in der Öffentlichkeit ein klares Bekenntnis von Spitzenpolitikern und allen gesellschaftlichen Institutionen zu Maßnahmen der äußeren Sicherheit dringend nötig. Gerade während des Bundesheer-Bashings nach dem Tod eines Rekruten hätte es dazu genug Gelegenheit gegeben. Viele Politiker haben diese Chance ungenutzt gelassen – einige haben genau das Gegenteil bewiesen!

2. Erstellung und Publizierung eines Realisierungsplanes

Seitens der Bundesregierung sollte ein Realisierungsplan zur Umsetzung der in den bestehenden Grundsatz-Dokumenten angeführten Zielvorgaben vorgelegt werden mit:

- klaren Aufstellungsschritten
- Zeitvorgaben
- klaren gesetzlich fundierten Budgetzusagen

Es ist bei der derzeitigen Sicherheitslage von einem jährlichen Budgetbedarf von mindestens 1 % des BIP auszugehen. Der Realisierungsplan ist dem Parlament zur Kenntnis zu bringen und in einer Publikation zu veröffentlichen. Weiters ist dem Parlament ein jährlicher Fortschrittsbericht vorzulegen.

3. Erstellung eines Einsatzkonzeptes

In einem Einsatzkonzept für das Bundesheer sollen die operativen Einsatzverfahren festgelegt werden. Dieses ist dem Nationalrat zur Kenntnis zu bringen und dient als Basis für die Evaluierung der Heeresgliederung. Sollte diese Evaluierung ergeben, dass die Mobilmachungsstärke von 55.000 Soldaten nicht ausreichend ist, so ist eine neue Heeresgliederung zu beschließen.

4. Im Personalwesen fordert die Plattform

- die Rückkehr zu verpflichtenden Truppenübungen

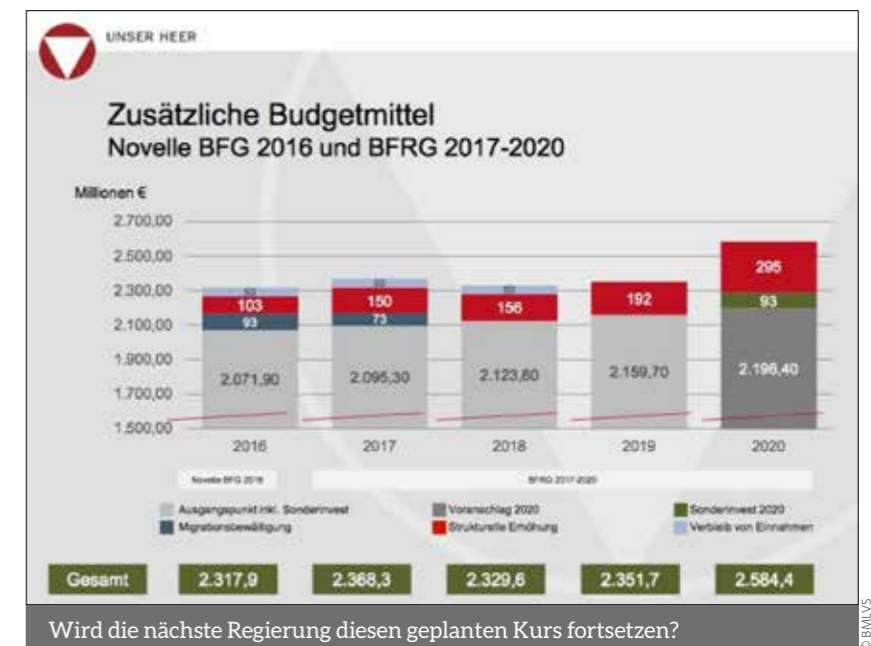
- eine Anpassung der Tauglichkeitskriterien
- eine Erhöhung des Wehrpflichtigenanteils (gegenüber dem Zivildienst)

5. Im Bereich der materiellen Ausstattung erwartet die Plattform

- die vollständige Ausstattung aller Angehörigen des Bundesheeres mit moderner Ausrüstung
- die ausreichende Ausstattung mit schweren Waffen
- die Schaffung erlassmäßiger und organisatorischer Vorkehrungen zur Anwendung des Leistungsrechtes

Schöne Worte bei Sonntagsreden und militärischen Festakten sind nicht genug. Es braucht eine ernsthafte und nachhaltige Sanierung des ÖBH – am besten im Konsens aller politischen Parteien. Die Handlungsfelder sind bekannt – jetzt wäre es einmal an der Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen!

Mag. Erich Cibulka
Brigadier und Präsident der ÖOG ✘





Fragen zur Wehrpolitik an Spitzenkandidaten für die Nationalratswahl

Im Vorfeld der bevorstehenden Nationalratswahlen hat sich die Plattform Wehrhaftes Österreich, bestehend aus der Österreichischen Offiziersgesellschaft, der Österreichischen Unteroffiziersgesellschaft, der Interessensgemeinschaft der Berufsoffiziere, den Austrian Peacekeeper und dem Österreichischen Kameradschaftsbund, dazu entschlossen, die Spitzenkandidaten der im Parlament vertretenen Parteien zu wehrpolitisch relevanten Themen zu befragen. Eingeleitet wurde das Projekt durch einen Brief des Vorsitzenden der Plattform Wehrhaftes Österreich und Präsidenten der Österreichischen Offiziersgesellschaft, Brigadier Mag. Erich Cibulka, der gleichlautend an Mag. Christian Kern, Sebastian Kurz, Heinz-Christian Strache, Mag. Ulrike Lunacek und Mag. Dr. Matthias Strolz erging und hier auszugsweise wiedergegeben wird:

Die Plattform Wehrhaftes Österreich ist der Verband der wehrpolitisch relevanten Vereine Österreichs mit bundesweit ca. 250.000 Mitgliedern. Sie verfolgt das Ziel, zu einer breiten und umfassenden Diskussion der sicherheits- und wehrpolitischen Situation und damit zu einer entsprechenden Meinungsbildung innerhalb der Bevölkerung und bei den politischen Verantwortungsträgern beizutragen.

Am 15. Oktober 2017 wird das österreichische Volk den Nationalrat wählen. Ein essenzieller Bereich für jeden unabhängigen Staat ist die Sicherheits-, Wehr- und Verteidigungspolitik. Hier hat sich seit der letzten Nationalratswahl vieles geändert. Die Plattform möchte ihren Mitgliedern und weiteren Interessenten eine Entscheidungsgrundlage bieten. Daher ersuchen wir Sie zu drei ausgewählten Themen (siehe beigelegte Fragen) um Ihre Stellungnahme. Ihre Antworten sollen noch vor dem Urnengang der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Die von der Plattform derart erstellte Information soll dem interessierten Leserkreis eine Übersicht und gleichzeitig eine Vergleichsmöglichkeit der Ansichten der Spitzenkandidaten der österreichischen Parteien zu wehrpolitisch relevanten Themen ermöglichen.

Die Plattform Wehrhaftes Österreich hofft, Ihnen mit diesem Schreiben ausreichende Informationen über unsere Intentionen zur Verfügung gestellt zu haben. Wir bitten Sie in dieser Angelegenheit um Unterstützung im Interesse des österreichischen Bürgers und verbleiben mit bestem Dank im Voraus für Ihre Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen
Mag. Erich Cibulka, Brigadier



Fragen an die Spitzenkandidaten

FRAGE 1

Ungerechtfertigte, aus der Tagespolitik heraus motivierte Kampagnen gegen das Image des Bundesheers führen oft zu weitverbreitetem Unverständnis für die verfassungsmäßigen Aufgaben der bewaffneten Macht der Republik Österreich. Wie werden Sie Ihren politischen Beitrag dazu leisten, dass die österreichische Bevölkerung die sicherheitspolitischen und staatspolitischen Notwendigkeiten zum Schutz und Erhalt eines souveränen Staates in allen Krisen verstehen und mittragen kann?

FRAGE 2

Gemäß Verfassung sind, über die militärische Landesverteidigung hinaus, auch der Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihrer Handlungsfähigkeit sowie der Schutz der demokratischen Freiheiten der Einwohner und die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren Aufgaben des Bundesheers. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Bundesheer seine primären und sekundären Aufgaben sowohl personell als auch materiell, dem internationalen Standard entsprechend, erfüllen kann?

FRAGE 3

Das österreichische Wehrbudget ist – mit leichten Schwankungen – von 1,4 % des BIP im Jahre 1982 bis zum Jahre 2017 auf 0,6 % gesunken. Die dadurch entstandenen Defizite brauchen dringend eine Anschubfinanzierung und ein kontinuierliches Budget von zumindest 1 % des BIP (Bundesheerreformkommission 2010). Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Sicherheit Österreichs, soweit sie vom Bundesheer zu tragen ist, ausreichend finanziert wird?

Antworten der Spitzenkandidaten:



© SPÖ

Mag. Christian Kern (SPÖ)

ANTWORT 1

Es ist unbestritten, dass sich die sicherheitspolitische Lage in Österreich und Europa in den letzten Jahren grundlegend gewandelt hat. Ich denke hier nur an die Migrationskrise, Cyberbedrohungen oder die Gefahren durch den Terrorismus. Ich vertrete eine Politik, die den Menschen die Bedeutung der Sicherheitspolitik bewusstmacht und ehrlich damit umgeht. Es ist allerdings auch notwendig, wenn Problemlagen benannt worden sind, entsprechende Lösungen anzubieten. Dazu ist es auch

notwendig, den Menschen zuzuhören, ihre Ängste und Anliegen auf- und ernstzunehmen. Jedenfalls muss es das Ziel einer verantwortungsvollen Politik sein, Ängste nicht zu schüren. Um zu tragfähigen und nachhaltigen Lösungen zu kommen, bedarf es der Mitwirkung von Experten und selbstverständlich der Bereitstellung von Ressourcen zur Aufgabenerfüllung.

ANTWORT 2

Das österreichische Bundesheer hat viele Fähigkeiten und Kompetenzen, die nicht nur erhalten, sondern auch immer wieder dem neuesten Stand angepasst werden müssen, um die sicherheitspolitischen Herausforderungen bewältigen zu können. Das österreichische Bundesheer hat derzeit ungefähr 1.100 Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz und etwa 1.000 im Assistenzeinsatz an der Grenze. Verteidigungsminister Droschitz hat in den letzten beiden Jahren umfangreiche Reformen durchgeführt: eine neue Struktur, die mehr Effizienz im Einsatz bringt, eine Personaloffensive, Investi-

tionen in Ausrüstung (und damit in die Sicherheit der Soldatinnen und Soldaten) und Infrastruktur und vieles mehr. Aus meiner Sicht gilt es dabei, diesen erfolgreich eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Nicht als Selbstzweck, sondern weil es um die Sicherheit der Menschen in Österreich geht.

ANTWORT 3

Ich bin der festen Überzeugung, dass uns Sicherheit etwas wert sein muss. Mir ist auch bewusst, dass Sicherheit etwas kostet. Wichtig ist es, klar festzulegen, wo die Aufgaben des Bundesheeres liegen, welchen Herausforderungen wir uns derzeit und künftig stellen müssen. Dann wird man diese Analyse als Grundlage verwenden müssen, um die dafür notwendigen finanziellen Mittel zu bekommen. Dieses Prinzip wurde zum Teil auch schon beim derzeitigen Bundesheer-Budget angewandt. Diesen Weg sollten wir konsequent weitergehen und dann bin ich auch überzeugt davon, dass die Österreicherinnen und Österreicher uns dabei unterstützen werden. ✘



© FPÖ

Heinz-Christian Strache (FPÖ)

ANTWORT 1

Die FPÖ bekennt sich uneingeschränkt zur umfassenden Landesverteidigung und zum Österreichischen Bundesheer als Träger der militärischen Landesverteidigung. Die Sicherheit unserer Heimat in allen möglichen Bedrohungslagen erzwingt einen gesamtstaatlichen Ansatz. Dieser war bereits im Rahmen der Umfassenden Landesverteidigung (ULV) vorhanden. Der Geist und die Grundsätze der ULV sind im Rahmen der Umfassenden Sicherheitsvorsorge (USV) wieder zu beleben und fortzuschreiben. Dazu

gehört auch wieder eine verpflichtende Unterrichtseinheit an den Schulen zur Bewusstseinsbildung. Alle sicherheits-/verteidigungspolitischen Grundsatzdokumente der Republik sind den heutigen Herausforderungen anzupassen. Das Österreichische Bundesheer braucht für die weitere Entwicklung klar erkennbare und realisierbare Ziele.

ANTWORT 2

Als Erstes ist die nachhaltige Erhöhung des LV-Budgets auf mindestens 1 % des BIP notwendig. Ein weiterer Punkt ist, endlich eine Konsolidierungsphase einzuleiten, statt Dauerreformen zu Lasten der Bediensteten und der Einsatztauglichkeit. Die Kernfähigkeiten der Streitkräfte, die schweren Waffen und die Waffengattungen wurden auf ein Niveau heruntergefahren, welches durch langfristige Maßnahmen und Beschaffungen wieder gehoben werden muss. Dazu gehört auch die Verstärkung der Übungstätigkeiten inklusive verpflichtender Milizübungen. Weiters stehen wir für die personelle und materielle Stärkung der Truppe, für die Modernisierung der Ausbildung und für durchsetzungsstarke gut ausgerüs-

tete Milizkräfte. Die Verbesserung von Berufsbild und Besoldung von Soldaten und Grundwehrdienern runden diesen Bereich ab.

ANTWORT 3

Wir fordern die jährliche nachhaltige Erhöhung des LV-Budgets auf mindestens ein Prozent des BIP. Nur wenn dies über mehrere Jahre erzielt wird, wird das Bundesheer seine Aufgaben erfüllen können. Zusätzlich bedarf es zur Beschaffung der notwendigen Ausrüstung speziell auch des Fuhrparks und der Bautätigkeit einer Anschubfinanzierung. Weiters fordern wir eine „echte“ Budgethoheit, welche bedeutet, dass sämtliche im Bundesvoranschlag vorgesehene Budgetmittel uneingeschränkt verwendet und angesparte Rücklagen in den Folgejahren ohne aufwendige Prüfung durch das BMF entnommen werden können. Sicherzustellen wäre auch die Personalhoheit des Ressorts. Das bedeutet, dass auf Basis des Personalplanes die Personalstruktur und der Organisationsplan selbstständig ohne Mitwirkung des Bundeskanzleramtes gestaltet werden kann. ✘



© ÖVP

Sebastian Kurz (ÖVP)

ANTWORT 1

Als Garant für die Sicherheit der Bevölkerung ist uns das Österreichische Bundesheer für die Bewältigung aller aktuellen und zukünftigen Herausforderungen von außen oder aus der Luft wichtig. Wir brauchen dazu sowohl eine starke regionale als auch überregionale Komponente bestehend aus Allgemeiner Wehrpflicht, Präsenz- und Milizeinheiten und eine leistungsfähige Luftraum-

überwachung. Wenn das ÖBH auch in Zukunft seine Leistungen erbringt, ist auch die Bevölkerung so wie bisher von der Sinnhaftigkeit des Österreichischen Bundesheeres überzeugt. Auf den verschiedenen politischen Ebenen werden wir uns jedenfalls für ein positives Image des Bundesheeres einsetzen!

ANTWORT 2

Die Fähigkeiten des Österreichischen Bundesheeres sind weiter zu entwickeln und zu stärken. Das ist für einen neutralen Staat in diesen unruhigen Zeiten von besonderer Bedeutung. Im Sicherheitsbereich verfügen wir über geeignete rechtliche Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit des Bundesheeres mit anderen Blaulichtorganisationen. Für die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen wollen wir das System der Zusammenarbeit auf höchster staatlicher Ebene weiterentwickeln. Darüber hinaus ist die Kooperation sowohl zum Schutz

der europäischen Außengrenzen als auch im Rahmen des internationalen Krisenmanagements im Verbund mit unseren Partnern zu fördern. Wesentlich ist jedenfalls, dass die personelle und materielle Ausstattung des Österreichischen Bundesheeres sichergestellt ist.

ANTWORT 3

Wir stehen zu einer angemessenen Ausstattung des ÖBH mit Finanzmitteln, um die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen vollumfänglich bewältigen zu können! Wesentlich ist, ein vertretbares Verhältnis zwischen Aufgabenerfüllung und Risiko sicherzustellen. In diesem Sinne ist die Landesverteidigung für die höchstmögliche Risikoabdeckung budgetär auszustatten! Das bedeutet für uns, dass Personal, Material und Betrieb zur umfassenden Aufgabenerfüllung auf Basis des gesetzlichen Rahmens finanziell ausreichend zu dotieren ist. ✘



© DIE GRÜNEN

Mag. Ulrike Lunacek (Die Grünen)

ANTWORT 1

Durch den Austausch mit Bürger/innen, Medienarbeit, diverse parlamentarische Initiativen u. ä. versuchen wir Grüne bereits seit Langem unsere Vorstellungen eines modernen Bundesheeres zu vermitteln, so etwa im Vorfeld der Volksbefragung zur Wehrpflicht 2013. Diese Arbeit werden wir selbstverständlich in der kommenden GP fortsetzen und intensivieren.

ANTWORT 2

Wir Grüne anerkennen die Verdienste des österreichischen Bundesheeres beim Katastrophenschutz und der humanitären Hilfe. Allerdings ist das noch immer für den Kalten Krieg aufgebaut und strukturiert. Wir sind jedoch überzeugt, dass sich die Aufgaben und Szenarien des Bundesheeres im 21. Jh. grundlegend geändert haben. Daher muss das Bundesheer reformiert werden, um auch für die Einsätze der Zukunft gerüstet zu sein:

- Neue Sicherheitsdoktrin
- Neuordnung der Verhältnisse der EU zu den USA. Dazu bedarf es der Rationalisierung der europäischen Verteidigungspolitik; nationale Armeen spezialisieren sich, unter Beibehaltung der Neutralität (Bündnis- und Kriegsbeteiligungsverbot).
- 6.000 spezialisierte Berufssoldat/innen sollen sich an polizeiartigen UNEinsätzen zur Friedenssicherung und Katastrophenhilfe beteiligen.
- Abschaffung der Wehrpflicht – Wehr-

pflichtige sind für internationale Einsätze nicht verwendbar.

- Umrüstung des Katastrophenschutzes nach Vorbild des Technischen Hilfswerks der BRD

Die künftigen ZeitsoldatInnen brauchen vor allem eines: eine berufliche Lebensperspektive.

ANTWORT 3

Durch diese Reformpläne (Anm. der Red.: wäre eine starke Reduktion der Ausgaben möglich). Das erlaubt einerseits die Kosten für das Bundesheer wesentlich zu senken. Andererseits ist es dank der freiwerdenden Geldmittel möglich, die weiterhin bestehenden bzw. neu zu schaffenden militärischen Einheiten mit ausreichend finanziellen Mitteln auszustatten, um eine moderne, sich an den Bedürfnissen der Soldat/innen und ihren Aufgaben orientierende Ausrüstung und Infrastruktur sowie eine leistungsgerechte Entlohnung unserer Soldat/innen zu gewährleisten. ✘



Mag. Dr. Matthias Strolz (NEOS)

ANTWORT 1

Kritik am Bundesheer muss in jedem Staat möglich sein und auch angenommen werden. Allerdings ist ein fehlender Bezug der Bevölkerung und auch von Politikern zur Verteidigungsarchitektur eines Landes sehr wohl ein Problem. Wir NEOS sehen das Bundesheer als Garant für den Schutz und Erhalt des österreichischen Staates mit klar umrissenen Aufgaben an. Wichtig ist dabei, dass Polizeiaufgaben nicht mit den Kompetenzen des Bundesheers vermischt werden. Zusätzlich wird sich auch die Rolle des Bundesheeres im

europäischen Kontext verändern, was eine Bewusstseinsbildung bei der Bevölkerung umso notwendiger macht. Diese – früher „geistige Landesverteidigung“ genannte – Aufgabe müssen wir in einer neuen Form der politischen Bildung – unter Einbeziehung neuer Medien – auf eine neue Basis stellen.

ANTWORT 2

NEOS setzen sich seit dem Beginn der Parlamentsperiode für ein Bundesheer ein, das seine primären und sekundären Aufgaben sowohl personell als auch materiell, dem internationalen Standard entsprechend, erfüllen kann. Das Personal stellt die wichtigste Ressource des Bundesheeres dar. Es ist notwendig, Kadernsoldat_innen ein attraktives Berufsangebot zu machen, das eine angemessene Bezahlung, attraktive Aus- und Weiterbildungsangebote und zeitlich sinnvoll befristete Verträge beinhaltet. Bei den knappen finanziellen Mitteln ist es sinnvoll, den Schwerpunkt auf die Ausbildung zu legen. Allerdings müssen wir diese besser ins europäische Umfeld einbetten – mit dem Ziel EU-weit gleicher Stan-

dards, um europäische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich zu vereinfachen. Auch vermehrte Teilnahme an internationalen Übungen und Ausbildungsgängen erscheint uns dabei sinnvoll.

ANTWORT 3

Österreich ist EU-weit bei den Rüstungsausgaben mit 0,6 % des BIP auf dem viertletzten Platz. Um unser Bundesheer zu einem noch einsatzfähigeren und modernen Heer zu machen, wird es erforderlich sein, mehr Mittel aufzuwenden. Dazu gehört auch, dass wir jene Mittel, die bisher ins Bundesheer investiert wurden, effektiver nutzen müssen. Momentan ist die Verteidigungspolitik innerhalb der Europäischen Union sehr ineffizient und ineffektiv organisiert. Wir kaufen alles 27 (bzw. vor Brexit 28) Mal. Ein kleines Heer wie das österreichische müsste nicht für jede Eventualität in einer Gefechtsituation zu 100 % ausgerüstet sein, wenn die europäische Arbeitsteilung verbessert wird und funktioniert. So werden Mittel frei, die wir dafür einsetzen können, uns auf unsere militärischen Stärken zu konzentrieren. ✘

Genug Soldaten für das Bundesheer?

GENERALMAJOR MAG. HEINRICH WINKELMAYER

1. Ausgangslage

Am 20. Jänner 2013 wurde der Souverän der Republik Österreich, das österreichische Volk, über die hinkünftige Gestaltung des Wehrsystems der Republik Österreich befragt.

Die Fragen lauteten:

- Sind Sie für die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres?
- Sind Sie für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes?

Bekanntlich haben sich von den über 6,3 Mio. Stimmberechtigten über 3,1 Mio. an dieser Volksbefragung beteiligt, 59,8 % der Teilnehmer an der Volksbefragung haben sich für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes entschieden – ein mehr als überzeugendes Votum in einer für eine demokratische Gesellschaft gravierenden grundlegenden Frage.

Im Ministerrat vom 22. Jänner 2013 wurde beschlossen, eine regierungsübergreifende Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung eines Konzepts für die Reform des Wehrdienstes bis Ende Juni 2013 zu beauftragen. Der Bericht dieser Arbeitsgruppe wurde am 23. Juni 2013 unter dem Titel „Reform des Wehrdienstes“, im Text selbst als „Attraktivierung des Wehrdienstes“ bezeichnet, der Öffentlichkeit präsentiert. Der Bericht befasst sich bezeichnenderweise ausschließlich mit der Verwendung von Wehrpflichtigen beim Bundesheer. Aussagen über die Verwendung von Wehrpflichtigen im Rahmen des Zivildienstes sind keine enthalten.

Exkurs: In Österreich sind nach dem Wehrgesetz alle männlichen österreichischen Staatsbürger wehrpflichtig. Ein Teil dieser Wehrpflicht ist die Stellungspflicht, der sich alle Wehrpflichtigen (bis auf wenige Ausnahmen) unterziehen müssen. Im Zuge der Stellung wird die Tauglichkeit für

die Ableistung des Wehrdienstes festgestellt, der Grad der Tauglichkeit wird mit einem Wertungsziffernsystem determiniert.

Als „tauglich“ eingestufte Wehrpflichtige haben danach die Möglichkeit, zwischen der Erfüllung der Wehrpflicht als Präsenzdiener beim Bundesheer oder als Zivildienstler bei verschiedenen Zivildienstträgern zu entscheiden, für „Untaugliche“ hat sich das „Wehrpflichtproblem“ für immer erledigt. Formal gilt der Zivildienst immer noch als Wehrersatzdienst, wenn der Wehrpflichtige es aus Gewissensgründen ablehnt, Waffengewalt gegen Menschen anzuwenden, und daher bei Leistung des Präsenzdienstes in Gewissensnot geraten würde. Der verpflichtende Nachweis dieser „Gewissensbisse“ wurde längst abgeschafft, heute genügt das bloße Ausfüllen eines Formblattes (Zivildienstklärung) für die Zulassung zum Zivildienst. In der österreichischen Gesellschaft hat sich der Zivildienst längst etabliert und wird

als wertvoller Beitrag der männlichen österreichischen Jugend anerkannt, das zeigen auch klar die Motive der Wehrpflichtbefürworter bei der Volksbefragung vom 20. Jänner 2013, die sich u. a. überwiegend für den Erhalt des Zivildienstes ausgesprochen haben.

In Umsetzung des Berichts der Arbeitsgruppe zur „Reform des Wehrdienstes“ bzw. „Attraktivierung des Wehrdienstes“ wurde nach einer SWOT-Analyse ein Maßnahmenbündel von 186 Maßnahmen geschnürt, worin sich beispielsweise nachstehende Maßnahmen befanden:

- Einführung von Wahlpflichtmodulen in der Ausbildung der Präsenzdiener wie die Ausbildung zum Katastrophenschutz, Waffen- und Schießdienst, Sport
- Reduktion der für die Systemerhaltung eingesetzten Soldaten wie Wachsoldaten oder Ordonnanzen
- Einführung von finanziellen Anreizsystemen für eine freiwillige Meldung zur Miliz



Übermittelte Fairness-Hinweise

Die Fragen ergeben an die Spitzenkandidaten für die Nationalratswahlen 2017 der im Parlament vertretenen Parteien.

- Stellungnahmen, die zum angegebenen Termin nicht mittels Mail verfügbar sind, können in einer Veröffentlichung nicht berücksichtigt werden, was mit einer entsprechenden Bemerkung in der Veröffentlichung angeführt werden würde.
- Die Veröffentlichungen erfolgen im übermittelten Wortlaut. Bei Einhaltung der vorgegebenen Zeichenzahl (830 Zeichen inkl. Leerzeichen / Frage) werden keine Kürzungen vorgenommen.
- Bei Zeichenüberschreitung bitten wir um Verständnis, dass wir aus Druckraumgründen Kürzungen vornehmen müssen, die sich zwar weitestgehend an den Sinn und Inhalt der Stellungnahme halten, wobei wir jedoch keine Garantie für Interpretationsfehler übernehmen können.

Bei Unter-Erfüllung des vorgesehenen Textumfangs bleibt der entsprechende Raum im vorgesehenen Block frei.

- Falls eine Beantwortung oder Stellungnahme zu einzelnen oder zum gesamten Themenbereich nicht erfolgt, wird darauf, unter Freilassung des vorgesehenen Druckraums, entsprechend hingewiesen werden.
- Da wir Sie persönlich angesprochen haben, werden wir die uns übermittelten Aussagen in der Veröffentlichung auch Ihrer Person zuordnen, egal, von wem sie an uns übermittelt worden sind.
- Die vorliegende Post ging als Mail voraus an ...

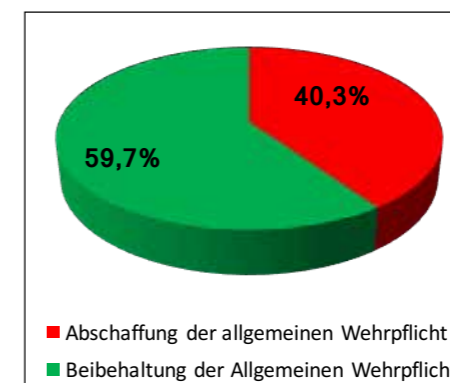
Übermittelte redaktionelle Hinweise

- Druckraum:** Aus redaktionellen Gründen wird die Zeichenanzahl je Stellungnahme begrenzt und soll je Frage 830 Zeichen inkl. Leerräume nicht überschreiten.
- Veröffentlichung:** Die Veröffentlichung aller eingelangten Stellungnahmen zu denselben Fragen erfolgt

zeitgleich u. a. in den Zeitschriften der Offiziersgesellschaft „Der Offizier“ und „Der Auftrag“ und wird vorgestaffelt auf den Homepages und auf Facebook-Seiten unserer Mitgliederorganisationen verfügbar gemacht.

- Termin:** Wir bitten Sie, Ihre Stellungnahme bis spätestens Donnerstag, den 31. August 2017, mittels Mail zu übermitteln.
- Verteilerkreis:** Unsere Veröffentlichungen werden intern für ca. 250.000 Mitglieder aller Organisationen der Plattform verfügbar gemacht. Extern umfasst der Verteilerkreis mehrere tausend ausgewählte Adressen auf Bundes- und Landesebene aller politischen und öffentlichen Bereiche, alle Bürgermeister Österreichs sowie in- und ausländische Medien. Es erfolgt auch eine Verteilung an ausländische diplomatische Vertretungen.
- Öffentlichkeitsarbeit:** Zusätzlich wird die Veröffentlichung durch Pressearbeit sowie auf Facebook und auf unseren Homepages begleitet. ✘

Amtliches Endergebnis der Volksbefragung 2013



Beteiligung	Anteil	Stimmen
Stimmberechtigt		6.378.478
Abgegeben	52,4 %	3.344.940
Ungültig	2,5 %	82.546
Gültig	97,5 %	3.262.394

Vorschlag / Abstimmung	Anteil	Stimmen
Sind Sie für die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres?	40,3 %	1.315.278
Sind Sie für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes?	59,7 %	1.947.116



© BUNDESHEER

- Einführung eines „feed back“-Systems der Präsenzdiener mit drei systematischen Befragungen während des Präsenzdienstes
- Optimierung der Stellungsuntersuchung
- Modernisierung der militärischen Infrastruktur
- u. v. m.

Ungeachtet dieser Bemühungen zeigt ein Bericht des Innenministeriums vom April 2017 an den Nationalrat über den Zivildienst in den Jahren 2014–2016 aber einen ungebrochenen Zustrom zum Zivildienst, obwohl dieser mit neun Monaten drei Monate länger dauert als der Präsenzdienst. Laut diesem Bericht gab es im Jahr 2016 insgesamt 32.451 taugliche Wehrpflichtige,

in diesem Kalenderjahr haben 15.231 eine Zivildiensterklärung abgegeben und 15.224 wurden einer der anerkannten Zivildiensteinrichtungen zugewiesen, von denen es mit 1.632 noch nie so viele gab wie im Jahr 2016.

/ Ist die „Attraktivierung des Wehrdienstes“ gescheitert oder hat der Zivildienst trotz längerer Dauer mehr Vorteile zu bieten als der Präsenzdienst?

2. Präsenzdienst versus Zivildienst – ein Vergleich

Ein wesentliches Entscheidungskriterium für die Wahl zwischen Präsenzdienst und Zivildienst sind der Dienstort und der Einberufungstermin. Während in den letzten Jahren zahlreiche Kasernenstandorte wegen Geld-

mangels geschlossen werden mussten (das Bundesheer verfügt derzeit über rund 90 Kasernenstandorte mit Unterkünften für Präsenzdiener), finden sich für das breite Verwendungsspektrum eines Zivildieners vom Dienst in Rettungs- und Sozialeinrichtungen über den Schülerlotsen bis zum Dienst in Justizanstalten viele der aktuell 1.632 Zivildienststellen flächendeckend in Wohnortnähe – bequem nachzulesen auf der Homepage der Zivildienstserviceagentur der für den Zivildienst zuständigen Bundesbehörde unter www.bmi.gv.at/cms/zivildienst. Unter dem Stichwort „Platzangebot“ können sich potentielle Zivildienner bereits frühzeitig bei den zahlreichen Zivildienstträgern in der Nähe ihres Wohnortes um eine Zivildienststelle bewerben und sich wohl auch persönlich vorstellen. Da die meisten Zivildienstträger keine Unterkünfte für ihre Zivildienner haben und die Zuweisungen außerdem zu Einrichtungen erfolgen, die innerhalb einer Stunde mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden können, verbringt der Zivildienner seine Nachtruhe wie gewohnt in seinem Wohnort in seiner privaten Unterkunft ohne „Belästigungen“ wie Zapfenstreich, Tagwache, Samstag/Sonntag-Dienst, kontrollierten Reinigungsdienst von Zimmer, Bad und WC sowie straffe Zeit zur Frühstückseinnahme.

/ Im Gegensatz dazu müssen viele Präsenzdiener trotz intensiver Bemühungen der Ergänzungsabteilungen ihren Dienst in den wenigen Kasernenstandorten fernab ihres Wohnortes, bisweilen sogar in einem benachbarten Bundesland, nach den Erfordernissen des militärischen Bedarfes ableisten, können daher trotz Wegfalls des Zapfenstreichs ab dem dritten Ausbildungsmonat nicht täglich nach Hause fahren und müssen ihre Nachtruhe in den militärischen Unterkünften mit den angeführten „Belästigungen“ eines normierten straffen militärischen Dienstbetriebes verbringen.

/ Hinsichtlich der Bezahlung sind die Zivildienner den Präsenzdienern zumindest formal nach dem Gesetz gleichge-

stellt, dennoch gibt es in der realen Praxis erhebliche Unterschiede vor allem im Bereich der Verpflegung.

/ Der Präsenzdiener erhält nach dem Heeresgebührengesetz aktuell ein Monatsgeld samt Grundvergütung von insgesamt 321,22 € sowie eine Reihe von Sachbezügen wie eine Fahrtkostenvergütung oder Freifahrt zwischen dem Wohnort und dem Dienstort mit öffentlichen Verkehrsmitteln sowie unentgeltliche Verpflegung, Bekleidung und Unterbringung. Der Präsenzdiener ist verpflichteter Verpflegungsteilnehmer, nur an seinen dienstfreien Tagen kann er sich von der Verpflegungsteilnahme abmelden und erhält dafür Tageskostgeldersatz von aktuell 4 € pro Tag.

/ Der Zivildienner erhält ebenfalls aktuell ein Monatsgeld samt Grundvergütung in der Höhe von 321,30 € sowie die Fahrtkostenvergütung oder Freifahrt zwischen dem Wohnort und dem Dienstort mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Da aber viele anerkannte Zivildiensteinrichtungen ihren zugeteilten Zivildiennern keine angemessene Verpflegung (Frühstück, eine warme Hauptmahlzeit und eine weitere Mahlzeit) verabreichen können, erhält der Zivildienner eine Verpflegungsgeld in der Höhe von bis zu 16 € pro Tag, um sich selbst in ortsüblicher Weise angemessen zu verpflegen. Details der Verpflegung der Zivildienner sind in einer eigenen Verpflegungsverordnung geregelt.

/ Ein weiterer wesentlicher Unterschied zwischen dem Präsenzdiener und dem Zivildienner liegt in der medizinischen Betreuung. Während Präsenzdiener verpflichtet sind, die militärischen Sanitätseinrichtungen in Anspruch zu nehmen, kann der Zivildienner im Falle einer Erkrankung einen Arzt seiner Wahl aufsuchen, um die geforderte Krankenstandsbestätigung bis spätestens sieben Tage nach Beginn des Krankenstandes an seinen Vorgesetzten zu übermitteln. Vor dem Hintergrund dieser Regelung verwundert es wenig, wenn im angeführten 3-Jahres-Bericht des BM.I seitens der Zivildiensteinrichtungen neben man-

gelnder Pünktlichkeit immer wieder über ungerechtfertigtes Fernbleiben der Zivildienner vom Dienst geklagt und regelmäßig Krankenstandsüberprüfungen beantragt werden.

/ Im Zusammenhang mit diesem Missstand ist das Disziplinarrecht für Präsenzdiener und Zivildienner zu betrachten. Präsenzdiener unterliegen bei Pflichtverletzungen dem Heeresdisziplinargesetz und dem Militärstrafgesetz. Pflichtverletzungen von Zivildiennern wie die angeführte häufige Unpünktlichkeit beim Dienstantritt sind nicht durch den direkten Vorgesetzten des Zivildienners zu ahnden, sondern durch die Bezirksverwaltungsbehörden im Zuge eines Verwaltungsstrafverfah-

rens – ein unverhältnismäßig hoher Aufwand. Im dreijährigen Zeitraum des Zivildienstberichts des BM.I gab es in der Steiermark 22 derartige Verfahren, in Wien über 1.000 Verfahren. Es ist kaum anzunehmen, dass die rund 17.000 Präsenzdiener des Jahres 2016 disziplinlos sind als die rund 15.000 Zivildienner, vielmehr ist das Heeresdisziplinargesetz einfach strenger und wird durch die direkten Vorgesetzten (in aller Regel den Kompaniekommandanten) konsequenter angewandt.

/ Schließlich muss noch auf die Eigenart des militärischen Dienstes hingewiesen werden. Die Ausbildung des Soldaten, auch des Präsenzdieners, bezweckt die Befähigung zur

**IN VERSICHERUNGSFRAGEN
PERSÖNLICH
FÜR SIE DA.**



Bez.Dir. Wolfgang LOIDOLT
Tel.: 050 350 90-21784
Fax: 050 350 99-21784
E-Mail: w.loidolt@wienersaetdtische.at

**BUNDESHEERBETREUUNG FÜR SOLDAT/INNEN UND IHRE FAMILIEN
VERSICHERUNGSSPEZIALISTEN FÜR AUSLANDSEINSÄTZE**

TEAM LOIDOLT
Wiener Städtische Versicherung AG
1210 Wien, Am Spitz 10
(Eingang Schwaigergasse)

wienersaetdtische.at
[f/wienersaetdtische](https://www.facebook.com/wienersaetdtische)





Der Präsenzdienst ist herausfordernd

© BUNDESHEER/PUSCH

Bewältigung von Einsätzen, wie sie im Bericht zur Reform des Wehrdienstes in Kapitel 7 beschrieben sind. Die Verpflichtung des Treuegelöbnisses, die Republik Österreich und das österreichische Volk zu schützen und mit der Waffe zu verteidigen, verlangt vom Soldaten im schlimmsten Fall das höchste denkbare Opfer, den Einsatz seiner Gesundheit und seines Lebens. Die Ausbildung des Soldaten muss daher unter Beachtung aller Sicherheitsvorschriften einsatznah, bei Tag und bei Nacht und bei jeder Witterung erfolgen.



© BUNDESHEER/ZINNER

ZUR PERSON

Generalmajor Mag. Heinrich Winkelmayr ist Vizepräsident der Österreichischen Offiziersgesellschaft.

3. Änderungsvorschläge

Nach der Entscheidung zur Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht bei der Volksbefragung vom 20. Jänner 2013 hat der damalige neue Verteidigungsminister Mag. Gerald Klug rund 10.000 Präsenzdiener über ihre Reformvorstellungen befragen lassen. Eine deutliche Mehrheit der Befragten hat die Forderung nach Anhebung des Monatsgeldes erhoben, diese Forde-

rung wurde jedoch unter Verweis auf Geldmangel sogleich vom Tisch gewischt. Die besonderen Belastungen des militärischen Dienstes sollten aus ho. Sicht den Präsenzdienern aber tatsächlich in Form einer neu zu schaffenden „**Präsenzdienstprämie**“ abgegolten werden. Eine derartige Prämie in der Höhe von monatlich 200 € würde bei jährlich 17.000 Präsenzdienern einen budgetären Mehrbedarf von rund 20,4 Mio. € verursachen, jedenfalls keine schockierende Größenordnung. Damit käme der Präsenzdiener zusammen mit dem Monatsgeld gemäß Heeresgebührengesetz auf rund 500 € monatlich und somit vergleichbar mit der Lehrlingsentschädigung im ersten Lehrjahr.

/ Dringend zu überarbeiten wären die Tauglichkeitskriterien, anhand deren bei der Stellung die Tauglichkeit der Wehrpflichtigen für die Erfüllung militärischer Aufgaben als Soldat festgestellt wird. Für die Erfüllung von Aufgaben als Zivildienstler im Rahmen



Länderübergreifende Angelobung von Bundesheersoldaten auf der Kaiser-Franz-Josefs-Höhe mit 590 Grundwehrdienern aus Salzburg, Kärnten und Tirol

© BUNDESHEER/REDSPERGER

der Altenbetreuung oder als Schülerlotse gelten absurderweise dieselben militärischen Tauglichkeitskriterien, wobei ergänzend darauf hinzuweisen ist, dass die im Zuge der Stellung mittels der Wertungsziffern erhobene graduell abgestufte Tauglichkeit in der täglichen Praxis der Zivildienstleistenden keinerlei Bedeutung hat, während bei den Präsenzdienern unter allen Umständen darauf Bedacht zu nehmen ist. Auf der Homepage der Zivildienstserviceagentur wird angeführt, dass Zivildienstleistende grundsätzlich Hilfsdienste unter entsprechender Anleitung, Beaufsichtigung und Verantwortung des Vorgesetzten zu erbringen haben. Mit eigenen Tauglichkeitskriterien für den Zivildienst könnten mit Sicherheit wesentlich mehr der bisher Untauglichen (für die sich das Problem der Wehrpflicht damit erledigt hat) einer Zivildienstverwendung zugeführt werden. Im Gegenzug dazu wären Zivildienstwerber mit guter Tauglichkeit für den militärischen Dienst eben dieser Verwendung zuzuführen, was zugleich eine massive Einschränkung der simplen Zulassung zum Zivildienst kraft Zivildienstklärung darstellt. Die derzeit seit Jahren geübte Praxis der Zulassung zum Zivildienst ohne jegliche Prüfung der „Gewissensbisse“ stellt ohnehin aus ho.

Sicht einen groben Verstoß gegen den „Geist des Wehrersatzdienstes“ dar, fügt sich aber zwanglos in die Bezeichnung der gesetzlichen Bestimmungen zur verpflichtenden Heranziehung von Wehrpflichtigen zur Ausübung einer Milizfunktion (§ 21 Abs. 3 WG) oder der Ausübung des Militärleistungsrechts als „totes Recht“.

/ Mit geänderten Tauglichkeitskriterien sollten auch vermehrt eingeschränkt Taugliche zu einem „Dienst ohne Waffe“ zum Bundesheer einberufen werden, um – nach einer maximal zweiwöchigen Einschulung in die Rechte und Pflichten sowie in die formalen Besonderheiten des militärischen Dienstes – die unverzichtbaren täglichen Hilfsdienste in der Erhaltung des Systems wie Dienst als Küchengehilfe in einer Truppenküche oder bei der Pflege und Instandhaltung der Kasernen und militärischen Liegenschaften zu leisten – das System der „B-Tauglichen“ hat es im Bundesheer schon einmal gegeben. Die Verwendung von Beamten und Vertragsbediensteten für diese unverzichtbaren Hilfsdienste ist jedenfalls zu teuer. Es ist bezeichnend, dass diese wertvollen Hilfsdienste von den Bundesheergegnern als Leerlauf verteufelt, beim Zivildienst aber ohne Widerspruch als Normalität definiert werden.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass:

- die Präsenzdiener gegenüber den Zivildienstleistenden derzeit erhebliche Nachteile in Kauf nehmen müssen
- diese Nachteile durch eine „Präsenzdienstprämie“ in der Höhe von monatlich 200 € zumindest finanziell ausgeglichen werden sollten
- die 90 Kasernenstandorte gegenüber den rund 1.600 Zivildienststellen deutliche Nachteile im Werben um die tauglichen Wehrpflichtigen haben
- die bei der Stellungsuntersuchung geltenden Tauglichkeitskriterien nur auf den militärischen Dienst abstellen, die gänzlich anderen Anforderungen des Zivildienstes nicht berücksichtigen und dadurch zahlreiche Wehrpflichtige weder den Präsenzdienst noch den Zivildienst leisten müssen
- die derzeitige Handhabung der Zulassung zum Zivildienst im Widerspruch mit dem Kernargument der Zulassung zum Wehrersatzdienst steht und durch diese laxen Handhabung dem Bundesheer zahlreiche taugliche Wehrpflichtige für den militärischen Dienst abhandkommen
- für die Leistung der unverzichtbaren Hilfsdienste beim Bundesheer auch eingeschränkt Taugliche zu einem „Dienst ohne Waffe“ einberufen werden sollten

Unsere Miliz: Ein Gewinn für Sicherheit und Arbeitgeber



Die Träger des Miliz-Gütesiegels

In sicherheitspolitisch fordernden Zeiten gewinnt mit dem Bundesheer auch die Miliz stark an Bedeutung. Milizsoldatinnen und Milizsoldaten spielen für Sicherheit und den Schutz kritischer Infrastrukturen (z. B. Energie, IKT, Wasserversorgung) eine entscheidende Rolle. Unternehmen, die Angehörige der Miliz beschäftigen, sind entscheidende Partner für mehr Sicherheit in Österreich.

/ Wer „Pro Miliz“ ist, leistet einen wertvollen Beitrag für ein sicheres Ös-

terreich und erfolgreiche Unternehmen. Das Österreichische Bundesheer stellt dieses Engagement vor den Vorhang: Unternehmen, die Milizsoldaten und Milizsoldatinnen beschäftigen, können mit dem „Miliz-Gütesiegel“ (siehe Abbildung) ausgezeichnet werden.

/ Das Miliz-Gütesiegel wurde eingerichtet für Arbeitgeber, Hochschulen und Non-Profit-Organisationen. Die Kriterien sind: die Unterstützung der Pro Miliz Charta (siehe Informationskasten) und das Beschäftigen von zumindest einem Milizangehörigen oder unmittelbaren Angehörigen – (Ehe-) Partner und (Ehe-)Partnerinnen – sowie die eigene Unbescholtenheit. Nach einer positiven Beurteilung wird dem Unternehmen eine personalisierte Pro Miliz Charta zugesendet.

Miliz-Gütesiegel

Für eine leistungsstarke Miliz braucht es nicht nur Menschen, die sich in der Miliz engagieren. Es braucht auch Unternehmen und Führungskräfte, die dies unterstützen. Mit dem Miliz-Gütesiegel werden jene Arbeitgeber ausgezeichnet, die dabei helfen, ganz Österreich sicherzumachen. Miliz-Gütesiegel-Träger, die sich auf besondere Weise für die Miliz engagieren, werden mit dem Miliz-Award ausgezeichnet. Dabei handelt es sich um die höchste Auszeichnung des Österreichischen

Bundesheeres für Arbeitgeber, Hochschulen und Non-Profit-Organisationen. Für das Miliz-Gütesiegel kann sich das Unternehmen bzw. die Organisation oder Hochschule selbst bewerben.

Die Miliz-Awards

Die Miliz-Awards werden in einer offiziellen Zeremonie einmal pro Jahr verliehen. Über die Zuerkennung der Auszeichnung entscheidet eine Jury aus hochrangigen Vertretern und Vertreterinnen des Bundesheeres, der Wirtschaftskammer Österreich, der Industriellenvereinigung, der Arbeiterkammer und der österreichischen Universitätenkonferenz. Der Miliz-Award wird von der Jury an Träger des Miliz-Gütesiegels für deren besonderes Engagement vergeben.

Unternehmen mit Miliz-Gütesiegel ausgezeichnet

Rund 30 Betriebe konnten ihr Miliz-Gütesiegel am 9. Juni 2017, dem ersten „Tag der Miliz“, persönlich entgegennehmen. Die Verleihung erfolgte in einer feierlichen Zeremonie auf Schloss Spielfeld durch Bundesminister Mag. Hans Peter Doskozil, gemeinsam mit dem Chef des Generalstabs, General Mag. Othmar Commenda, dem Direktor der WKO Steiermark, Dr. Karl-Heinz Dernoscheg, sowie dem Milizbeauftragten, Generalmajor Mag. Erwin Hameseder. ✕

PRO MILIZ CHARTA FÜR ARBEITGEBER

„Wir unterstützen das Milizsystem und die Miliz, weil diese als Teil unseres Heeres einen wesentlichen Beitrag für die Sicherheit unseres Landes und unserer Region leisten. Wir schätzen und anerkennen das Engagement unserer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für die Miliz. Wir kommen unserer Verpflichtung zur Freistellung von Milizsoldatinnen und Milizsoldaten für Milizübungen und -fortbildungen gerne nach. Wir anerkennen und berücksichtigen Ausbildungen und Kompetenzen von Milizsoldaten und Milizsoldatinnen, die sie beim Bundesheer erworben haben. Wir unterstützen Angehörige von Milizsoldatinnen und Milizsoldaten während deren Abwesenheit (z. B. flexible Arbeitszeiten). Uns sind Bewerber und Bewerberinnen willkommen, die sich in der und für die Miliz engagieren.“

Ausrüstung des Bundesheers – Es gibt noch viel zu tun!



Die Liste der notwendigen Ausrüstungsgüter ist nahezu endlos lang.

Nach vielen Jahren des Ressourcenabbaus hat das Parlament 2015 erkannt, dass die Sicherheit der österreichischen Bürger durch das Bundesheer nicht mehr ausreichend gewährleistet werden kann. Bundesminister Mag. Doskozil wurde ermächtigt, eine Trendumkehr einzuleiten. Vieles ist seither geschehen, aber erste Maßnahmen und viele Ankündigungen dürfen nicht dazu verleiten, das Problem als gelöst zu betrachten. Beschaffung, Lieferung einer Ausrüstung und die Ausbildung daran sind ein mehrjähriger Prozess, der in diesem längeren Zeitraum kontinuierlich finanziert werden muss.

/ Zahlenmäßig betrachtet hat sich der Anteil des Landesverteidigungsbudgets von unter 0,6 % BIP auf über 0,6 % BIP verbessert. Damit ist das Budget noch immer „meilenweit“ von jener Zahl von 1 % des BIP entfernt, mit der die Landesverteidigung in den 1980er Jahren dotiert war und die der bereits verstorbene Wiener Alt-Bürgermeister Dr. Helmut Zilk in seinem Vorwort zur Bundesheerreformkommission, leider vergeblich, eingemahnt hatte.

/ Hinter diesen nackten Zahlen verbergen sich aber viele tiefgreifende und nur auf der Zeitachse zu lösende Probleme. Ja, das Bundesheer hat im Personalbereich mit der Wende vom permanenten Abbau zum Beginn eines Aufbaus begonnen. Ja, das Bundesheer hat mit der Beschaffung von zusätzlichen gepanzerten Fahrzeugen begonnen. Nein, es sind noch nicht alle Ausrüstungsdefizite beseitigt.

/ Der Unterschied zeigt sich beispielsweise im Vergleich zwischen den Staaten und im Detail: Während das gleich große Belgien mehr als 400 gepanzerte Fahrzeuge neu beschaffen wird, sind in Österreich gerade einmal knapp 100 Stück in Auftrag gegeben worden. Mit der Nachbeschaffung können nur die dringenden Lücken gefüllt werden. Eine nachhaltige Problemlösung im Bereich der Ausrüstung muss anders aussehen.

/ Die Liste der notwendigen und dringenden Bedarfe an Ausrüstungsgütern ist nach vielen Jahren des geringen politischen Stellenwerts der Landesverteidigung und der damit finanziellen Unterdotierung nahezu endlos lang.

Landstreitkräfte

Der Ersatz der Pinzgauer- und PuchG Flotte mit adäquaten Geländefahrzeugen wurde noch nicht begonnen. Eine Nachfolge für den Standard-Lkw 12M18 ist angekündigt, aber noch nicht realisiert. Ein Zeitplan für die Erneuerung der Kfz-Flotten ist noch nicht bekannt gegeben worden. Ohne diesen Ersatz droht eine neue Mobilitätskrise, wenn Fahrzeuge altersbedingt vermehrt ausfallen.

/ Die Schutzmaske trägt die Jahresbezeichnung (19)65; man muss sich daher „freuen“, dass diese noch als einsatztauglich qualifiziert werden kann. Das Sturmgewehr 77, an sich und zum Zeitpunkt der Einführung ein Spitzenprodukt, wurde nur für das Jagdkommando und für einen Jägerbataillon erneuert. Der Rest der Truppe bleibt auf dem Stand von 1980.

/ Von Nachtsichtoptiken oder modernen Zielgeräten für die gesamte Truppe ist keine Spur zu sehen. Gerade beim Schutz im Inland wären Nachtsichtoptiken wichtig.

/ 20.000 neue Kampfhelme können nicht darüber hinwegtäuschen, dass 35.000 Soldaten nicht die modernste Ausrüstung haben. Eine durchgehende Schutzausrüstung für alle Soldaten fehlt; sie muss in Einsätzen „weitergegeben“ werden. Diese Lösung mag für Auslandseinsätze praktikabel sein; bei Einsätzen im Inneren greift diese Lösung aber sicher zu kurz.

/ Nicht nur Fahrzeuge und persönliche Ausrüstung haben ihr „Lebensende“ ➤



Das Jagdkommando und ein Jägerbataillon haben ein neues Sturmgewehr.



Geschützte Fahrzeuge für die Infanterie müssen in größerer Zahl verfügbar gemacht werden.

© BUNDESHEER/WINKLER

© BUNDESHEER/FUSS

erreicht, auch viele Waffensysteme sind bereits mehr als 20 Jahre in Gebrauch. Auch sie müssen daher bald ersetzt oder einem „update“ unterzogen werden. Dies betrifft die schweren Infanteriewaffen genauso wie die gepanzerten Fahrzeuge oder die Fliegerabwehr.

/ Der Miliz wurde erfreulicherweise und in Übereinstimmung mit der Verfassung eine neue und bedeutende Rolle zugeordnet. Sie hat in der Person des Milizbeauftragten Generalmajor Mag. Erwin Hameseder auch eine zentrale, aktive und allseits akzeptierte „Leitfigur“ erhalten.

/ Angesichts des geringen Budgetanteils und des hohen Nachholbedarfs in allen Bereichen ist die kritische Frage zu stellen, ob überhaupt noch Geldmittel für die Ausrüstung der Miliz verfügbar gemacht werden können. Eine beabsichtigte Trendumkehr verlangt aber auch in diesem Bereich eine moderne Ausrüstung, um die Einsatzfähigkeit der Miliz herzustellen und die Werbung für Milizsoldaten zu unterstützen. Die Miliz sollte, wie früher üblich und auch in anderen Staaten angewandt, ihre Ausrüstung in eigenen Milizlagern bereithalten können und nicht von Übung zu Übung hin und her tauschen müssen.

Luftstreitkräfte

Die Modernisierung der „Black Hawk“ wurde begonnen; die Alouette III und die OH 58 sollen nach knapp 40 Jahren in Verwendung durch eine Eigenentwicklung oder durch die Beschaffung

eines modernen Hubschraubermodells ersetzt werden.

/ Bundesminister Mag. Droschitz hat angekündigt, aus den Eurofightern nach 2020 rasch auszusteigen und ein neues, kein gebrauchtes, überschallfähiges Flugzeug zur Luftraumüberwachung zu kaufen. Das Ergebnis der Sonderkommission und die darauf aufbauende Entscheidung sind nachvollziehbar. Sofern jedoch mit dem Eurofighter-Hersteller nicht kurzfristig eine Lösung zur Rückabwicklung gefunden werden kann, bedeutet letzterer Vorgang aber auch, dass das Bundesheer eine Vorausleistung von mehreren hundert Millionen für einen neuen Jet wird stemmen müs-

sen. Mit einem rechtskräftigen Urteil aufgrund der eingebrachten Klage darf nach einschlägiger, jüngster Erfahrung (siehe vergleichbare Wirtschaftsprozesse) erst nach fünf bis sieben Jahren gerechnet werden. Da erst danach von einer möglichen Rückzahlung in der Causa Eurofighter ausgegangen werden kann, müsste das Bundesheer ein neues Luftraumüberwachungsflugzeug ohne Erlöse aus den Eurofightern „vorfinanzieren“.

/ Es darf gehofft werden, dass ein neues Parlament auch die Finanzierung dieses Projekts sicherstellt und die Landstreitkräfte nicht die „Leidtragenden“ dieser Entscheidung werden.



Die OH 58 muss ersetzt werden – zwölf Maschinen laufen aus.

© BUNDESHEER/GORUP, BUNDESHEER/HOFBAUER



Die Alouette III muss ersetzt werden – 24 Maschinen laufen aus.

© BUNDESHEER/KARLOVITS

Führungsunterstützung und Cyberdefence

Mit dem Bekenntnis zur Cyberdefence wird für das Bundesheer ein neues Aufgabenfeld erschlossen. Die Digitalisierung der Gesellschaft erzwingt den Schutz der eigenen Systeme und das bedeutet schlussendlich auch, dass dieser Schutz auch aktiv betrieben werden kann. Bis jetzt ist Österreich von den negativen Auswirkungen der Digitalisierung zwar nicht verschont geblieben, es sind jedoch keine erfolgreichen großen Schadensfälle bekannt geworden, die das öffentliche Leben gelähmt hätten. Es steht aber außer Zweifel, dass in einem derartigen Fall auch eine Assistenzleistung des Bundesheers eingefordert werden wird. Auf so einen Fall muss sich das Bundesheer vorbereiten. Dies bedingt die Widerstandsfähigkeit der eigenen Systeme und eine breitflächige Unterstützung und Hilfe für die Bevölkerung.

Somit ergibt sich ein dringender Bedarf für:

- den materiell verstärkten und zeitmäßig beschleunigten Aufbau der Landstreitkräfte
- die gleichzeitige und qualitativ mit



Die Fähigkeit zur Cyber-Verteidigung ist aufzubauen.

- den aktiven Kräften gleichwertige Ausrüstung der Miliz
- den Aufbau der neuen Aufgabenfelder wie Cybersicherheit
- notwendige Maßnahmen im Bereich „Luftraumüberwachung“ und Nachbeschaffung von Hubschraubern, die getrennt vom bisherigen Haushalt finanziert und betrieben werden müssen

Im Bereich der Landstreitkräfte und der Miliz ist vor allem die persönliche Ausrüstung des Soldaten zu vervollständigen; die Mobilität ist durch die Beschaf-

fung neuer und zusätzlich geschützter Fahrzeuge in ausreichendem Ausmaß zu ergänzen. Alle vorhandenen Waffensysteme sind wieder an den Stand der Technik heranzuführen.

/ Unterstützt werden auch die geplanten Verbesserungen in der aktiven Luftraumüberwachung inklusive qualitativ hochwertiger Luftraumüberwachungsflugzeuge. Der Ersatz der Hubschrauber Alouette III und OH 58 durch moderne Muster sollte zügig weitergeführt werden und zahlenmäßig die ausgeschiedene Stückzahl erreicht werden. Die geplante Ablöse von Luftflotten wäre durch eine außerbudgetäre Finanzierung abzusichern. Die Fähigkeit zur Cyber-Verteidigung ist aufzubauen.

/ Die Politiker und Politikerinnen brauchen auf allen Ebenen ein klares und ehrliches Bild der Realität, damit auch sie handeln und die notwendigen Mittel bereitstellen können. Die Lösungen können nicht „über Nacht“ erwartet werden. Es bedarf der permanenten Kommunikation und Überzeugung auf allen Ebenen. Diese Aufgabe ist daher durch alle Führungskräfte zu tragen und zu fördern. Die Offiziersgesellschaft hat ihren Beitrag zur Information geleistet und erwartet von der kommenden Regierung Maßnahmen, damit der Bevölkerung jene Sicherheit geboten werden kann, die diese zu Recht erwarten darf. (Red.) ❌



© BUNDESHEER/AMNICH
Angelobung von Rekruten

Tragischer Tod eines Rekruten

Zum tragischen Tod eines Rekruten der Garde wurde durch Bundesminister Mag. Hans Peter Doskozil eine Untersuchungskommission unter Vorsitz des Präsidenten des Landesgerichtes Salzburg, Dr. Hans Rathgeb, eingerichtet. Dr. Rathgeb, Brigadier der Miliz, hat umgehend nach seiner Bestellung die Arbeit aufgenommen und mit den Untersuchungen begonnen. Seitens BMLVS und ÖBH, insbesondere der Garde, wurde er in seiner Arbeit umfassend und uneingeschränkt unterstützt.

/ Für Bundesminister Mag. Doskozil war es wichtig, dass der tragische Todesfall rasch und lückenlos aufgeklärt sowie in weiterer Folge die Öffentlichkeit über das Ergebnis der Untersuchungen informiert wurde. Zugleich merkte der Bundesminister an: „Pauschalangriffe gegen das Bundesheer und auch Vorverurteilungen im gegenseitlichen Fall sind nicht angebracht. Zuerst wird untersucht und ein Ergeb-

nis auf den Tisch gelegt, dann sprechen wir über mögliche Konsequenzen.“

/ Ergänzend wurde eine Sonderkommission unter Leitung des ehemaligen Kommandanten des Streitkräfteführungskommandos, Generalleutnant Mag. Günter Höfler, eingerichtet. Diese Sonderkommission hat die Überprüfung sämtlicher relevanter Ausbildungsvorschriften vorgenommen, um mögliche Defizite zu eruieren und allenfalls erforderliche Verbesserungen umzusetzen.

/ Sämtliche Untersuchungen erfolgten zusätzlich zu den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, mit der das Bundesheer eng kooperiert.

/ Im Zuge eines Ausbildungsmarsches war der Rekrut nach 3 km Marschleistung zusammengebrochen und ist nach medizinischer Versorgung durch den Notarzt im Krankenhaus verstorben.

/ Inzwischen wurde bekannt, dass es sich um einen akuten Infekt handelte.

Die Keimeinschwemmung ins Blut bewirkte offensichtlich hohes Fieber und war geeignet, eine Sepsis herbeizuführen. Diese Form der Erkrankung ist extrem selten.

/ Der Rekrut wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit mit militärischen Ehren unter Beisein seiner Eltern und seiner Kameraden bestattet. (BMLV; Red.) ✘

BESCHWERDERECHT

Alle Soldatinnen und Soldaten des Österreichischen Bundesheeres verfügen über umfassende Beschwerderechte. Dabei ist entscheidend, dass die Betroffenen sich umgehend melden, damit festgestellte Missstände sofort abgestellt werden können. Dazu gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, die den Soldaten zur Verfügung stehen – egal ob sie Rekruten oder Kadernsoldaten sind. Über diese Möglichkeiten sind auch jede Soldatin und jeder Soldat informiert.

Wie ein Dambruch

KOMMENTAR DES CHEFREDAKTEURS

Es ist unendlich dramatisch, dass ein Rekrut während der Ausbildung beim Bundesheer verstorben ist. Es ist aber auch unendlich dramatisch, was dann in Teilen der Gesellschaft unter Abstützung vor allem auf Social Medias passiert. Eine ganze Berufsgruppe wird in den Dreck gezerrt, man überschlägt sich in unbewiesenen Darstellungen, man lässt Fakten außer Acht und tobt sich ideologisch motiviert aus. Subjektive Einstellungen und unreflektierte Wahrnehmungen dominieren das Meinungsbild und leben vor allem davon, dass nur wenige Beherzte eine Versachlichung probieren, während die Mehrheit der Wissenden fassungslos ob der Verzerrung und sprachlos ist. Das dramatische Ereignis von 2017 findet ein einziges – vom Sachgehalt her allerdings unterschiedliches – Pendant dazu und das war im Jahre 1974. Wohl-

gemerkt beides eine Katastrophe, aber auch schicksalhaft, wie der unschuldige Tod in einem Verkehrsunfall. Damals wie heute wurden Dinge aufgewärmt, die sich vielleicht einmal da oder dort annähernd so zugetragen haben, wie sie aus der subjektiven Empfindung beschrieben werden. Wie ein lang ersehnter Dambruch nach Rückstau haben sich Schmutzkübel-Meinungen gegen das System als Ganzes entleert, fast hat man den Eindruck, dass für einige wenige die Welt wieder in Ordnung ist: Das Bundesheer-Bashing kann endlich wieder stattfinden. Es ist aber klarzustellen, dass sich erstens die Ausbildung beim Bundesheer generell nicht so darstellt, wie in vielen zum Teil anonymen Internet-Postings behauptet wird, und dass zweitens gewisse einsatzbezogene Anforderungen, ausgedrückt durch klare Ausbildungsziele, an Soldaten zu

stellen sind. Natürlich muss ein Dienstbetrieb auf Temperaturen Rücksicht nehmen, aber tut das der Einsatz, auf den man sich vorbereitet, auch? Sind „Schutz und Hilfe“ für die Bevölkerung nach dem Thermometer zu bemessen? Muss die Ausbildung nicht vermitteln, wie man mit herausfordernden Bedingungen richtig umgeht, um seinen Auftrag für die Allgemeinheit trotzdem erfüllen zu können? Was nun ansteht, ist, sich von ideologisch motivierten Aussagen nicht ein überprüfbares und bewährtes Ausbildungswesen zerschlagen zu lassen, sondern auch weiterhin mit umsichtiger Dienstaufsicht, Einhaltung von Vorschriften und Anwendung des Hausverstands die gesetzten und normierten Ziele zum Zwecke des Erreichens einer verfassungskonformen Einsatzbereitschaft zu verfolgen. (hb) ✘

PRESSEAUSSENDUNG DER ÖSTERREICHISCHEN OFFIZIERSGESELLSCHAFT ZUM TRAGISCHEN TOD EINES REKRUTEN

Bundesheer: Offiziersgesellschaft bedauert Tod eines Rekruten – Kritik an pauschaler Vorverurteilung

Die Österreichische Offiziersgesellschaft (ÖOG) bedauert den tragischen Tod eines Rekruten während einer militärischen Ausbildung. „Wir drücken der Familie und allen Hinterbliebenen unseres Kameraden unser Mitgefühl und unsere Anteilnahme aus“, erklärte der Präsident der ÖOG, Brigadier Erich Cibulka.

/ Jetzt wäre es vorrangig, alle Umstände, die zum Tod geführt haben, lückenlos aufzuklären. „Minister Doskozil hat in dieser Situation unverzüglich und umsichtig gehandelt. Die Einsetzung von unabhängigen Untersuchungskommissionen ist der absolut richtige Weg, um vollkommene Klarheit zu schaffen“, unterstützt Cibulka den Verteidigungsminister.

Tragischen Einzelfall nicht für politisches Kleingeld missbrauchen

Wenig Verständnis zeigt Cibulka aber für Pauschalverurteilungen, mit denen sich das Bundesheer konfrontiert sieht: „Wenn jetzt einzelne Politiker im Wahlkampfmodus noch vor Vorliegen von Untersuchungsergebnissen den Grundwehrdienst und die Ausbildungsmethodik pauschal in Frage stellen und von systematischen Menschenrechtsverletzungen sprechen, dann ist das verantwortungslos. Und es ist geschmacklos und populistisch, wenn bekennende Bundesheer-Gegner aus dem Tod eines Menschen politisches Kapital schlagen wollen.“

Zweifelhafte Rolle der Medien

„Ich hätte mir von den Medien in dieser Frage mehr Professionalität erwartet. Es werden Grundsätze eines objektiven und qualitativen Journalismus verletzt, wenn ohne ausreichende Faktenlage Schauergeschichten erzählt werden, die dann einer Überprüfung nicht standhalten“, kritisiert Cibulka die Berichterstattung in verschiedenen Medien während der letzten Tage. Eine ordentliche Recherche hätte die nun vorliegenden Ergebnisse der medizinischen Untersuchungen, die eine bakterielle Infektion ergeben haben, abgewartet.

/ Es sollte auch bekannt sein, dass die Fälle, in denen die Parlamentarische Bundesheer-Kommission in Beschwerdeverfahren wegen Missständen angerufen wurde, zuletzt rückläufig waren. Weniger als ein Drittel der Verfahren wurde von Grundwehrdienern angestrengt. Außerdem werden bereits seit Jahren regelmäßig anonyme Grundwehrdienerebefragungen durchgeführt, um die Zufriedenheit der Rekruten zu erheben und Unzulänglichkeiten gegebenenfalls abzustellen.

Österreich braucht leistungsfähige Soldaten

Die Ausbildung beim Bundesheer bereitet österreichische Staatsbürger auf einen Einsatz als Soldat vor. Die Bevölkerung kann sich daher darauf verlassen, dass unsere Soldaten auch fähig sind, ausdauernd und durchhaltefähig ihre Aufgaben – von der Katastrophenhilfe über das Grenzmanagement in der Migrationskrise bis zur Landesverteidigung – zu erfüllen. „Soldaten sind Bürger in Uniform – aus dem Volk und für das Volk“, betont Cibulka. „Diese Aufgabe ist anspruchsvoll und fordernd. Sie ist für jeden gesunden Österreicher zumutbar und leistbar.“

(Süd-)Afrika versinkt im wirtschaftlichen Chaos

PROFESSOR BRIGADIER DR. HABIL. HARALD PÖCHER



1980	1990	2000	2010	2015
Südafrika (50)	Algerien (54)	Algerien (71)	Algerien (83)	Algerien (86)
Algerien (51)	Südafrika (61)	Südafrika (79)	Südafrika (86)	Südafrika (92)
Ägypten (73)	Ägypten (73)	Ägypten (84)	Ägypten (93)	Ägypten (96)
Angola (88)	Marokko (94)	Marokko (114)	Marokko (118)	Marokko (117)
Marokko (91)	Angola (101)	Nigeria (129)	Angola (122)	Nigeria (128)
Kenia (102)	Nigeria (101)	Angola (132)	Nigeria (129)	Angola (123)
Nigeria (103)	Kenia (101)	Sudan (134)	Sudan (142)	Sudan (140)
Sudan (105)	Sudan (116)	Kenia (146)	Kenia (152)	Kenia (152)

Ausgewählte afrikanische Staaten in einer Weltrangliste Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner in Kaufkraftparitäten

Druck auf die Regierung in Pretoria und es musste schließlich 1994 die Apartheid aufgegeben werden. Das Ende der Apartheid mit dem Druck auf die weißen Siedler führte zu einer Auswanderungswelle der weißen Intelligenz und damit zu einem stetigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Niedergang des Landes. Der wirtschaftliche Niedergang führte zu einem Dominoeffekt in den angrenzenden Ländern und zu einem wirtschaftlichen Niedergang in weiten Teilen des südlichen Afrika. Heute, 20 Jahre nach der Abschaffung der „Vielrassigen Partnerschaft“, befindet sich das Land bereits am Abgrund hin zur wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit und zum gesellschaftspolitischen Chaos im Inneren, wie auch die Grafik „Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes pro Einwohner in Kaufkraftparitäten und der Bevölkerung in Südafrika im Vergleich zu Deutschland und Österreich im Zeitraum von 1960 bis 2016“ zeigt. Zu den wichtigsten Handelspartnern Südafrikas zählen beim Import die Volksrepublik China, Deutschland, die USA, Nigeria, Saudi Arabien, Indien, Japan, Thailand, Vietnam, Frankreich, das Vereinigte Königreich, Spanien, Italien mit zusammen fast 60 %, Österreich trägt dabei nur rund 0,64 % bei, und beim Export die Volksrepublik China, die USA, das Vereinigte Königreich, Deutschland, die Schweiz, Belgien, Namibia, Japan, Botswana, Zimbabwe, Sambia, Mozambique, Frankreich, Italien, Indien mit fast 70 %, Österreich trägt hier nur 0,19 % bei. ➤

Am Beispiel von Südafrika, dem reichsten Staat ganz Afrikas, soll der Niedergang eines ganzen Kontinentes dargestellt werden.

Südafrika ist am südlichen Ende des Kontinentes Afrika gelegen, bedeckt eine Fläche von 1.219.912 km² und hat 54 Millionen Einwohner. Es ist damit so groß wie Frankreich, Deutschland und Polen zusammen, allerdings bei weniger als einem Drittel der Einwohner der drei europäischen Staaten. In Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Kaufkraftparitäten (BIP

je EW in ppp – purchasing power parity) hinkt das Land – 2017 nur an 88. Stelle der Welt gelegen – Deutschland (18. Stelle), Frankreich (25. Stelle) und Polen (43. Stelle), aber auch Österreich (19. Stelle) weit hinterher. Dies war allerdings nicht immer so der Fall, denn um 1980 belegte Südafrika den 40. Platz in der Weltrangliste – Österreich lag auf dem 20. Platz. Südafrika war damals wirtschaftlich gesehen auf Augenhöhe mit dem Mittelfeld der europäischen Staaten, beispielsweise mit Portugal. Heute liegt Südafrika mit seinem BIP je EW nach ppp nur mehr auf

Augenhöhe mit Serbien oder Albanien, welche – „weit abgeschlagen“ – am Ende der europäischen Wohlstandsrangliste liegen.

Südafrika ist an sich, von seinen Grundvoraussetzungen her, ein reiches Land. Fährt man nach einer ausgedehnten Besichtigung der Weingärten in der Kap-Provinz die Garden-Route von Kapstadt über Port Elisabeth oder geht auf Safari in den Krüger Nationalpark – etwa so groß wie Niederösterreich – oder besichtigt die beeindruckenden Goldminen im Bereich des Witwatersrandes sowie die Diamantenminen bei

Kimberley, so kann man nur zu dem Schluss kommen: „Dieses Land ist reich und bietet alle Voraussetzungen für ein Leben in hoher Annehmlichkeit und Sicherheit.“ Der Autor bereiste gegen Ende der 1980er Jahre all diese Schönheiten der Natur und besichtigte die Grundlagen der wirtschaftlichen Prosperität Südafrikas. Er fühlte sich im damaligen Südafrika sicher und auch in der Nacht war ein Stadtbummel in Johannesburg kein Roulettespiel. Heute zeigen uns die Bilder von Südafrika zwar noch immer die landschaftlichen Reize und die geschäftigen Bergwerke, aber auch die Angstträume in Johannesburg, Kapstadt und anderen Großstädten. Südafrika ist in den letzten Jahrzehnten unsicherer geworden und hat an Lebensqualität eingebüßt, was sich auch in einem Rückfall in der Weltrangliste des Human Development Index (1990 noch Rang 72 in der Welt, 2016 nur mehr Rang 116) spürbar bemerkbar macht.

Gehen wir die Jahrhunderte zurück und lassen in einem Zeitraffer die Geschichte Südafrikas an uns vorüberziehen. Als Jan van Riebeck 1652 in der Tafelbucht anlandete, war das Land dünn besiedelt und blieb es auch bis zu Beginn des 18. Jahrhunderts, da nur ein paar Hundert holländische Bauern (Buren oder Boeren) in das Land kamen. Erst nach der Inbesitznahme durch die englische Krone um 1806 wurde das Land mehr und mehr als neue Heimat von Siedlern aus Europa entdeckt. Die neuen Siedler verdrängten die Ureinwohner und auch die holländischen Buren, sodass es zu

einer harten Auseinandersetzung zwischen den Engländern und den Buren während des Burenkrieges 1899–1902 kam, bei dem die Buren unterlagen. Die Engländer waren nicht zimperlich und sperrten viele Buren in so genannte Konzentrationslager ein und pflegten die Taktik der verbrannten Erde bei ihrem Vormarsch. Die Briten gingen systematisch daran, das Land bestmöglich für die englische Krone auszubeuten und schufen dazu die Politik der „Vielrassigen Partnerschaft“, auch besser bekannt als „Apartheid“, welche eine getrennte Entwicklung des Landes vorsah und den einzelnen Bevölkerungsgruppen unterschiedliche Rechte zubilligte, mit einem Wort „der weiße Mann schaffte an“, und sorgte damit für Unmut und den verdeckten Kampf der schwarzafrikanischen Mehrheit gegen die weiße Herrschaft. Südafrika und sein zunehmender Wohlstand wurden zu einem Sinnbild für den aufstrebenden Kontinent Afrika. Überall in der Welt wurde dadurch das Trugbild verkauft, dass Afrika nach der Entkolonialisierung sehr wohl in der Lage sei, sich zu emanzipieren und aus eigener Kraft zu Wohlstand und Prosperität zu gelangen. Südafrika wurde zudem das Leitland für alle anderen Wirtschaften im südlichen Afrika und bildete den wirtschaftlichen Motor, so ähnlich wie Deutschland für den zentral- und mitteleuropäischen Raum.

Die Apartheid-Politik führte zum wirtschaftlichen Aufschwung des Landes, aber auch zu einem zunehmenden Widerstand der internationalen Staatengemeinschaft. Damit entstand ein



ZUR PERSON

Professor Brigadier Dr. habil. Harald Pöcher ist Mitglied der OGB und Leiter der Revisionsabteilung B im BMLVS.

Innere Sicherheit

Südafrika durchlebt eine Phase steigender sozialer Unzufriedenheit weiter Bevölkerungsschichten, welche durch Proteste gegen den Präsidenten und Studentenunruhen sowie vermehrte Streiks sichtbar wird. Dennoch ist die Gefahr eines Bürgerkrieges im Land gering, da sich die im Land verbliebenen weißen Südafrikaner ihrem Schicksal ergeben haben. Man darf allerdings nicht die steigende Kleinkriminalität und Korruption übersehen, welche das Wirtschaftsleben stark beeinflussen.

Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Südafrikas ist primär auf die Bewahrung der Souveränität des Landes ausgerichtet und dabei stark auf das südliche Afrika fokussiert. Sie ist bestrebt, Stabilität und Integration in diesem Teil des Kontinents zu gewährleisten. Südafrika ist die treibende Kraft in der Southern African Development Community (SADC), ist aber auch in der Afrikanischen Union (AU) bemüht, mehr Gewicht zu bekommen. Das Land leistet mit seinen Streitkräften einen Beitrag zur Krisenbewältigung am afrikanischen Kontinent. Dies erfolgt mit rund 2.300 Soldatinnen und Soldaten in unterschiedlichen Missionen der Vereinten Nationen u. a. im Sudan, in



Der Hafen von Kapstadt

© SKYPIRELS (OWN WORK) / CC BY-SA 4.0 (HTTP://CREATIVECOMMONS.ORG/LICENSING/4.0/) VIA WIKIMEDIA COMMONS

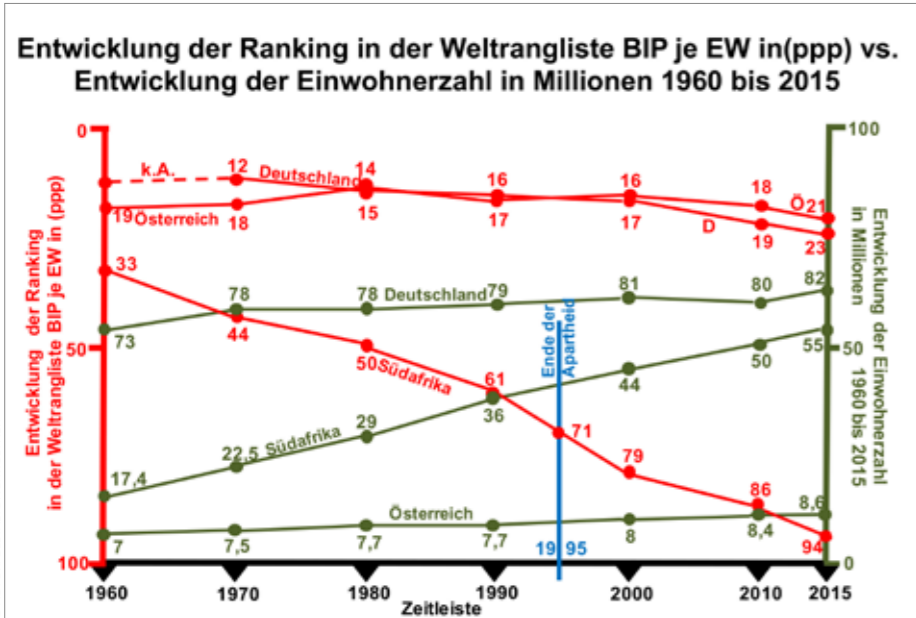
der Demokratischen Republik Kongo und im Rahmen der Afrikanischen Union in Burundi.

Die Rüstungsindustrie Südafrikas

Die Rüstungsindustrie in Südafrika kann auf eine lange erfolgreiche Tradition zurückblicken, da Südafrika während des Zweiten Weltkrieges als sichere Basis für die Erzeugung von Waffen und Munition mehr und mehr an Bedeutung gewann. Nach dem Krieg wurden zwar die Kapazitäten zurückgefahren, aber es verblieben Rest-

kapazitäten, welche in den 1960er Jahren wiederbelebt wurden, als Südafrika zunehmend isoliert dastand, weil die internationale Staatengemeinschaft Südafrika wegen der Apartheid-Politik mit Sanktionen belegte, welche auch den Import von Waffen beeinflussten. In den Jahren 1961 bis 1989 stieg die Rüstungsgüterproduktion nicht zuletzt wegen der Konfliktherde im südlichen Afrika stark an, da Südafrika direkt und indirekt in die Konflikte in Angola, Namibia, Mozambique und Rhodesien verwickelt war.

Nach dem Ende des Kalten Krieges gegen Ende der 1980er Jahre und dem der Apartheid-Politik 1994 kam es zunächst zu einem Niedergang der Rüstungsindustrie, jedoch stabilisierten sich die Produktionskapazitäten in den 2000er bzw. 2010er Jahren. Die größten Unternehmen der Industriebranche gingen nach umfassenden Umorganisationen in der Rüstungsindustrie als Neugründungen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre hervor, zu ihnen gehören Denel und Paramount als die beiden größten Unternehmen der Rüstungsindustrie. Denel wurde 1992 gegründet und produziert mit rund 7.000 Beschäftigten Landsysteme (Kampffahrzeuge, Artilleriesysteme), Luftfahrzeuge (Hubschrauber, Unmanned Aerial Vehicles) und Lenkwaffen. Paramount wurde 1994 gegründet und stellt mit rund 3.000 Beschäftigten eine breite Palette von gepanzerten



Wehrform	Freiwilligenstreitkräfte		
Verteidigungsbudget	3,6 Mrd. US Dollar (2017), dies sind 1,2 % des Bruttoinlandsproduktes		
Heer			
Personelle Stärke	Aktive	40.599	
	Reservisten	15.000	
Ausrüstung und Bewaffnung			
Kampfpanzer	Schützenpanzer	Artillerie	Raketen
26 Olifant Mk 2 167 Olifant Mk 2	534 Ratel Mk III 927 verschiedenster Sorten 82 Rooikat-76	40 Artilleriegeschütze auf Selbstfahrlafette	6 Raketenwerfer 12,7 cm Denel
Luftwaffe			
Personelle Stärke	Aktive	10.144	
	Reservisten	1.000	
	Zivilbedienstete	850	
Ausrüstung und Bewaffnung			
Kampfflugzeuge/Trainer	Transportflugzeuge	Hubschrauber	Sonstige Flugzeuge
26 JAS 39 Gripen 24 Hawk 35 PC-7	6 C-130B Hercules 3 C-212 8 C-47 Skytrain	11 Rooivalk Mk 1 F 28 AW 109 LUH 39 Oryx 4 Lynx	16 für logistische Zwecke 4 für besondere Aufgaben u. a. VIP
Marine			
Personelle Stärke	Aktive	7.651	
	Reservisten	850	
Ausrüstung und Bewaffnung			
Kampfschiffe		Hilfsschiffe	Flugzeuge
3 Unterseeboote (deutscher Typ 209) 4 Fregatten deutscher Herkunft 13 hochseetüchtige Patrouillenschiffe 4 Minenjagdschiffe 23 Patrouillenboote für küstennahen Einsatz		17 für verschiedene Aufgaben	5 C-47 Skytrain 8 Puma 4 Super Lynx
Die Streitkräfte der Republik Südafrika im Überblick			

QUELLE: JAMES GROUP

Fahrzeugen (gepanzerte Radfahrzeuge Mbombe, Marauder, Matador und Maverick), Flugzeuge (Aufklärungsflugzeuge und Unmanned Aerial Vehicles) und auch Marinekampfmittel (Patrouillenschiffe) her. Neben den beiden Großen existieren noch zwei größere Unternehmen der Militärflugzeugindustrie, drei Unternehmen, welche auf die Produktion von Landsystemen, sowie fünf Unternehmen, welche Marinekampfmittel herstellen. Daneben existieren noch Unternehmen, welche Tochterunternehmen internationaler Großkonzerne sind, wie beispielsweise Airbus Südafrika.

Abschließende Bewertung

Südafrika steht symptomatisch für den Niedergang Afrikas in nahezu allen Lebensbereichen. Afrika ist offensichtlich aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage, jene Strukturen zu schaffen, welche es dem Kontinent ermöglichen, global gesehen einigermaßen wettbewerbsfähige Wirtschaftsstrukturen aufzubauen und sein Bevölkerungswachstum auf natürliche Weise einzudämmen. Europa und dabei insbesondere die ehemaligen Kolonialmächte tragen wesentlich Mitschuld daran, dass der Kontinent derart ins Hintertreffen geraten ist.

Man braucht sich daher auch nicht zu wundern, dass viele Afrikaner auswandern wollen und als ihr erstes Ziel den Nachbarkontinent Europa auserkoren haben, um ihr Glück zu finden, da die Heimat keine Zukunftsperspektiven bieten kann. Die Verantwortungsträger in Europa wiederum sind gut beraten, um nicht die Zukunftsperspektiven der jungen Europäer zu zerstören, Afrika wirtschaftlich rasch unter die extrem hohe Geburtenrate in Afrika zu berücksichtigen. Ansonsten gibt es für beide Kontinente keine rosige Zukunft. ❌

Integrationsbericht: Zuwanderung im Vergleich zum Vorjahr gesunken, bleibt aber überdurchschnittlich hoch



Am 23. August präsentierte Bundesminister Sebastian Kurz gemeinsam mit Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann, dem Vorsitzenden des Expertenrats für Integration, sowie mit Dr. Stephan Marik-Lebeck von Statistik Austria den Integrationsbericht 2017. Der diesjährige Integrationsbericht widmet sich neben einer Bilanz der Flüchtlingsintegration auch „traditionellen“ ZuwanderInnengruppen (Drittstaatsangehörigen ohne Fluchthintergrund sowie EU-BürgerInnen).

Zuwanderung im Vergleich zum Vorjahr gesunken, bleibt aber überdurchschnittlich hoch

Im Vergleich zum Rekordjahr 2015 ist die

Zuwanderung nach Österreich im Jahr 2016 deutlich gesunken. Dies liegt vor allem an dem deutlichen Rückgang (mehr als Halbierung) der Asylantragszahlen. Dennoch bleibe die Netto-Zuwanderung nach Österreich im langfristigen Vergleich mit derzeit +64.600 Personen überdurchschnittlich hoch, wie Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann erklärte. Ungeduld und Integration vertragen sich nicht. Integration sei oft ein Mehr-Generationenprojekt, führte er weiter aus.

Bilanz der Flüchtlingsintegration: starke Strukturen und rechtliche Regelungen geschaffen

Österreich hat in der Flüchtlingskrise sehr rasch reagiert. Bereits im Novem-

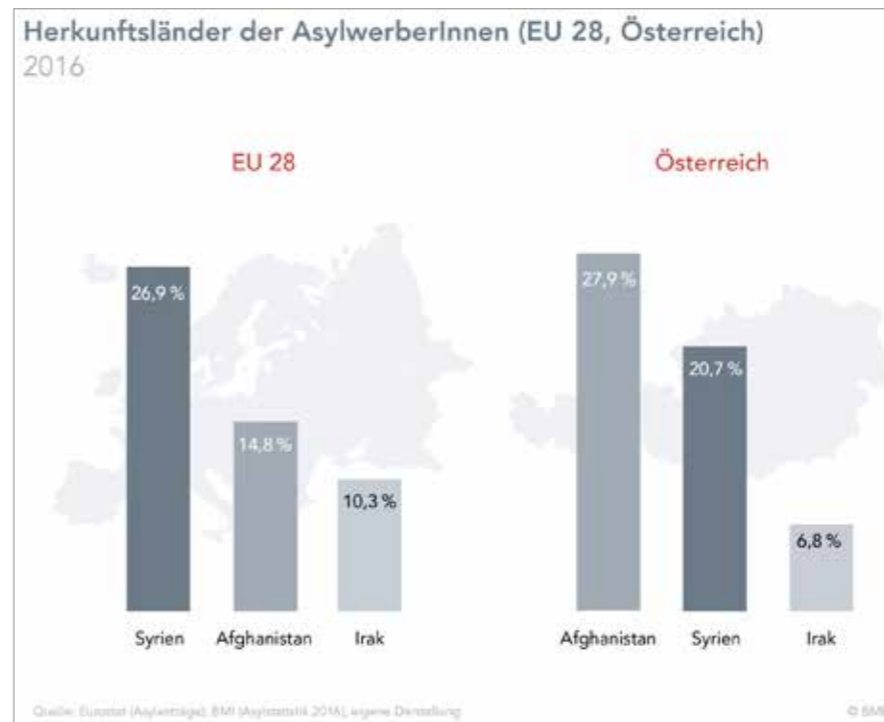
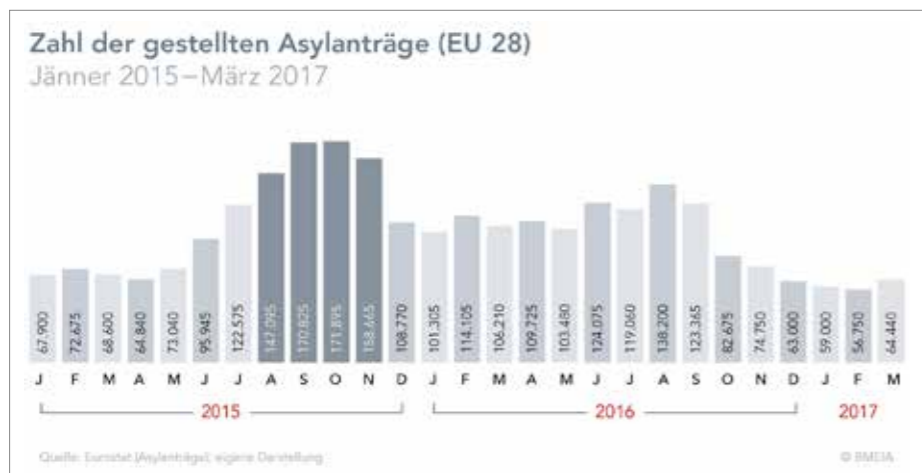
ber 2015, zum Höhepunkt der Fluchtmigration nach Europa, haben Mitglieder des Expertenrats gemeinsam mit dem BMEIA den 50-Punkte-Plan zur Integration von Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten vorgelegt, der seither umgesetzt wird. Österreich ist im Bereich der Flüchtlingsintegration nun sehr gut aufgestellt, da in den vergangenen beiden Jahren bundesweite, tragfähige und nachhaltige Strukturen geschaffen werden konnten. Vor allem das Integrationsgesetz, das erstmals klare rechtliche Standards hinsichtlich der Integrationsarbeit setzt, ist für Bundesminister Sebastian Kurz ein Meilenstein der Integrationsarbeit in Österreich.

Integration wird als ein Zusammenspiel von Fördern und Fordern definiert. Dass Flüchtlinge und Drittstaatsangehörige nun eine Integrationserklärung unterzeichnen müssen, die sie zum Abschluss von Werte- und Orientierungskursen sowie Deutschkursen verpflichtet und bei Nicht-Teilnahme Sanktionen vorsieht, war ein sehr wichtiger Schritt.

So gibt es jetzt ein gesetzlich verankertes, flächendeckendes, verpflichtendes und aufeinander abgestimmtes Angebot an Deutschkursen bis hin zum A2-Sprachniveau. Im Rahmen der Werte- und Orientierungskurse konnten seit 2015 rund 30.000 Personen österreichweit erreicht werden und aufgrund der starken Nachfrage überdies weitere Vertiefungskurse (z. B. zu Arbeit, Frauen, Gesundheit etc.) etabliert werden. Der Expertenrat empfiehlt im Integrationsbericht, diese positive Dynamik zu nutzen und weiterhin den Weg von Einzelmaßnahmen zu konsolidierten Angeboten zu beschreiten.

Integrationserfolg hängt von Anzahl der zu Integrierenden ab: Reform des europäischen Asylsystems notwendig

Auch wenn sich die Anzahl der Asyl-



anträge in Österreich im letzten Jahr auf rund 42.000 halbiert hat, liegt Österreich noch immer im europäischen Spitzenfeld, wenn man die Asylanträge proportional zur Bevölkerungsgröße betrachtet. Aus diesem Grund bedarf es dringend einer Reform des europäischen Asylsystems, denn die Flüchtlingskrise hat das derzeit bestehende Dublin-System de facto außer Kraft gesetzt und die Hauptlast innerhalb der europäischen Union sehr ungleich auf nur einige wenige Länder verteilt.

Integrationserfolg hängt auch von Profil der Zuwanderer und Zuwanderinnen ab: Bildungsbereich und Arbeitsmarkt weiterhin im Fokus der Flüchtlingsintegration

Der unkontrollierte Zuzug einer so großen Anzahl an Flüchtlingen stellt auch

langfristig eine große Herausforderung für die österreichische Integrationsarbeit dar. Der Integrationserfolg hängt nämlich nicht nur von der Anzahl, sondern auch maßgeblich vom Profil der zu Integrierenden ab. Der Bildungsstand der Flüchtlinge ist sehr heterogen, wobei Afghanen als größte Gruppe die niedrigsten formalen Qualifikationen aufweisen. Umso wichtiger bleiben Integrationsmaßnahmen im Bildungs- und Arbeitsmarktbereich sowie die Vermittlung von Werten. Der Expertenrat spricht sich im Integrationsbericht daher u. a. für ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr für Kinder mit Deutschförderbedarf, Sprachförderkurse am Nachmittag und in den Sommerferien sowie die Einführung eines Unterrichtsfachs Politische Bildung aus.

Über den Integrationsbericht, das Statistische Jahr-

buch sowie die Integrationsdatenbank

Im jährlich erscheinenden Integrationsbericht resümiert der Expertenrat für Integration stets die Integrationsarbeit des vergangenen Jahres und beleuchtet aktuelle Fragen und Herausforderungen in diesem Themenfeld. Ergänzt werden diese Ausführungen durch das ebenfalls jährlich publizierte Statistische Jahrbuch „migration&integration“, welches anhand von 25 Indikatoren eine wichtige Datengrundlage hierzu liefert. Die Onlinedatenbank „Integrationsprojekte in Österreich“ des BMEIA wird ebenso regelmäßig aktualisiert und beinhaltet aktuell 2.044 Beispiele integrationsrelevanter Initiativen, die von den 37 Mitgliedern des Integrationsbeirats eingemeldet wurden bzw. über die europäischen und nationalen Integrationsförderungen des BMEIA unterstützt werden. (BMEIA)

Antikorruptions-Paket zur nachhaltigen Verhinderung von unzulässigen Beeinflussungen bei Beschaffungen



Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil, Generalstabschef Othmar Commenda und der Präsident der Finanzprokurator Wolfgang Peschorn haben ein umfassendes Paket zur nachhaltigen Verhinderung von unzulässigen Beeinflussungen bei Beschaffungen vorgestellt. Kernpunkte des Antikorruptions-Pakets, das sich auf die dem Bundesminister vorgelegten Empfehlungen der Finanzprokurator stützt, sind die Abstandnahme von Gegengeschäften bei militärischen Beschaffungsvorgängen, nachhaltige Maßnahmen zur Verhinderung von unzulässigen Einflussnahmen von Lobbyisten, eine grundlegende Änderung der internen Ablauforganisation bei Beschaffungsvorgängen für das Bundesheer sowie neue, zwingende Vertragsbestimmungen. Dadurch soll eine mögliche Beeinflussung militärischer Beschaffungsvorgänge durch Lobbyisten beziehungsweise Berater- und Interessennetzwerke unmöglich gemacht werden.

/ Verteidigungsminister Doskozil: „Militärische Beschaffungen berühren die ureigenen Verteidigungs- und Sicherheitsinteressen Österreichs und verlangen damit unbestritten eine besondere Vertraulichkeit. Gleichzeitig müssen sich die österreichischen Steuerzahler aber sicher sein, dass wir

unbeeinflusst von den Interessen diverser Anbieter das bestmögliche Gerät zum bestmöglichen Preis erwerben. Mit diesem Paket an Maßnahmen soll das sichergestellt werden.“

/ Grundlage für diese Entscheidungen bilden „Empfehlungen zur nachhaltigen Verhinderung von unzulässigen Beeinflussungen bei Beschaffungen“, die die österreichische Finanzprokurator im Auftrag des Bundesministers erstellt hat.

/ Dr. Wolfgang Peschorn: „Das BMLVS hat bereits in der Vergangenheit große Anstrengungen unternommen, einen hohen Standard bei seinen Beschaffungen zu etablieren. Wir haben nach Analyse des derzeitigen Vorgangs bei militärischen Beschaffungen unter Einbeziehung unseres Know-hows als „Anwalt der Republik“ maßgerechte Empfehlungen entwickelt. Die Empfehlungen können noch im Jahr 2017 umgesetzt werden.“

/ In Zusammenarbeit mit der Finanzprokurator und weiteren nationalen sowie internationalen Experten werden neue, nicht verhandelbare und zwingende Vertragsbestimmungen erarbeitet. Durch diese so genannten „terms of good conduct“ soll zu Gunsten der Republik Österreich zukünftig gewährleistet sein, dass ihr Vertragspartner beziehungsweise Anbieter:

- keine unlauteren Verhaltensweisen gesetzt hat und setzen wird
- keinen unlauteren Einfluss auf die Vergabeentscheidung der Republik Österreich genommen hat
- sich das Verhalten aller eigenen und beauftragten Personen (Vertreter, Lobbyisten, Wirtschaftstreuhänder, Rechtsanwälte etc.) zurechnen lassen muss
- im Falle eines Verstoßes gegen diese Bestimmungen effektiv von der Republik Österreich durch Vertragsstrafen, einer zu hinterlegenden Kautions etc. verantwortlich gemacht werden kann
- ausschließlich durch angestellte oder beauftragte Personen, soweit diese zur berufsmäßigen Parteienvertretung berufen sind, mit der Republik Österreich in rechtsgeschäftlichen Kontakt treten können

Mehr Transparenz: Einführung einer zentralen Dokumentationsstelle und eigene Recherchen zu den Anbietern

Um unzulässige Beeinflussung zu erschweren, wird eine interne zentrale Dokumentationsstelle eingerichtet, bei der innerhalb von 24 Stunden jeder einzelne Kontakt mit einem Anbieter oder den von diesem beauftragten Personen von einem Ressortangehörigen gemeldet werden muss. Das beginnt bei ersten Marktkonsultationen und geht bis zur endgültigen Vergabe.

/ In Ergänzung dazu wird zukünftig das BMLVS bereits bei der Einleitung eines Beschaffungsprozesses eigene Recherchen über die potentiellen Anbieter und deren Einflussnahmemöglichkeiten auf die Vergabeentscheidung vornehmen. Dadurch sollen frühzeitig potentielle Risiken erkennbar werden, die sich aus persönlichen, wirtschaftlichen oder tatsächlichen Verbindungen eines Anbieters zu einem Berater- und Interessennetzwerk ergeben können, das auf die Entscheidungsträger der Republik Österreich Einfluss nehmen kann.

Bessere Beschaffungsentscheidung durch stärkere Einbindung der Nutzer

Auch der interne Prozessablauf bei den Beschaffungsvorgängen wird bis Ende des Jahres neu strukturiert. Während bislang im BMLVS ein stark untergliederter linearer Beschaffungsprozess etabliert ist, bei dem bis zur Ausschreibung die einzelnen Organisationseinheiten nacheinander in die (interne) Beschaffungsentscheidung einbezogen werden, soll es nun zu einer „Rekonstruktion der Verantwortung“ kommen. Der Nutzer hat sich dazu mit Unterstützung eines Prozessbegleiters im Wechselspiel mit den betroffenen weiteren Organisationseinheiten um die Vorbereitung der Beschaffungsentscheidung zu bemühen.

/ Der Nutzer wird daher auch bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, das auch in Zukunft von der Kaufmännischen Abteilung des BMLVS durchzuführen ist, stärker eingebunden.

„Industrielle Kooperation“ mit österreichischen Unternehmen im Verteidigungs- und Sicherheitsinteresse

Das Verbot von Gegengeschäften steht industriellen Kooperationen zwischen Anbietern und österreichischen Firmen in sachlich begründeten Einzelfällen nicht im Wege. Dass Ausrüstungsgegenstände oder Rüstungsgut in Österreich montiert oder Elemente davon in Österreich zugekauft werden müssen, kann in einer Ausschreibung für die Bewertung der Angebote vorgesehen werden,

soweit dadurch wesentliche Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Republik Österreich gefördert werden und die beabsichtigte Beschaffung nicht dem Unionsrecht unterliegt. Auch in diesen Fällen wird die Vergabe in einem transparenten Verfahren durchgeführt, so die Finanzprokurator. Daneben sollten die Anbieter verpflichtet werden, sich vor Angebotslegung über die möglichen industriellen Kooperationsmöglichkeiten mit österreichischen Unternehmen zu informieren und dies mit dem Angebot auch nachzuweisen.

/ Doskozil abschließend: „Wir sind den Steuerzahlern dankbar, dass wir bis 2020 noch etwa 1,7 Milliarden Euro in das Österreichische Bundesheer investieren können. Im Gegenzug müssen sich diese aber sicher sein, dass wir mit ihrem Geld sorgsam umgehen. Mit dem neuen Antikorruptions- und Transparenz-Paket machen wir das und senden ein klares Signal an alle Waffenlobbyisten: Das Bundesheer will nur transparente, marktconforme und höchst professionelle Beschaffungsvorgänge nach international gültigen Standards.“

Zum „Bericht der Finanzprokurator an den Bundesminister für Landesverteidigung und Sport“

Auf Grundlage des Berichts der Task Force Eurofighter vom 12. 2. 2017 wurde vom Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (BMLVS) Strafanzeige gegen die Airbus Defenceand Space GmbH und die Eurofighter Jagdflugzeug GmbH eingebracht. Die Staatsanwaltschaft Wien hat in der Folge zu 617 St 1/17z unter anderem gegen diese beiden Unternehmen ein Ermittlungsverfahren eröffnet. Als eine weitere Konsequenz aus dem Bericht der Task Force Eurofighter hat der Bundesminister für Landesverteidigung und Sport die Finanzprokurator am 16. 2. 2017 ersucht, bis spätestens Ende Mai 2017 Empfehlungen für eine nachhaltige Verbesserung der Beschaffung im Wirkungsbereich des BMLVS zu erarbeiten. Diese Empfehlungen wurden dem Bundesminister am 29. 5. 2017 übermittelt und sind hier abrufbar. (BMLV; Red.)



Der militärdiplomatische Dienst des Bundesheeres

Militär und Diplomatie stehen in einem sehr engen Kontext. Beide wollen den Frieden wahren und den Krieg verhindern. Letztlich muss das Militär den Krieg führen, wenn die Diplomatie scheitert. Es ist daher im Interesse des Militärs, die Diplomatie im Frieden zu unterstützen, um einen Krieg bereits im Vorfeld zu verhindern.

/ Auslandsmissionen und das Militärattaché-Netz stellen für das Verteidigungsministerium frühzeitig sicherheitspolitisch relevante Informationen zur Verfügung. Dies ist für die Verfolgung österreichischer Sicherheitsinteressen von größter Bedeutung und dient dem Schutz aller Österreicher im Ausland und insbesondere dem Schutz österreichischer Soldaten. Der Attachédienst steht 365 Tage 24 Stunden in zwölf Zeitzonen im Einsatz. Zu diesem Thema erschien in der Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie das Buch „Der militärdiplomatische Dienst in der österreichischen Armee“ (ISBN 978-3-903121-08-9).

Mehr Berufung als Beruf

Oberst Thomas Rapatz, neben Brigadier in Ruhe Rolf Urrisk einer der beiden Herausgeber des Buches, ging in seinen Ausführungen vor allem auf die persönlichen Anforderungen ein, die der Be-

ruf als Militärattaché jedem Einzelnen abverlangt. Militärdiplomaten versehen ihren Dienst an praktisch allen Orten der Welt und in den unterschiedlichsten internationalen Organisationen. Primär befassen sie sich mit militärischen Agenden, sie sind aber auch die ersten Berater der Botschafter in allen sicherheits- und verteidigungspolitischen Belangen des Gastlandes.

/ Besonders hob Rapatz aber auch die Rolle der Ehefrauen und Familien der Militärdiplomaten hervor. Gerade sie leisten wertvolle und oftmals unbedankte Beiträge zum erfolgreichen Wirken, und das unter oftmals schwierigen Verhältnissen im Ausland.

/ Die Herausforderungen für militärdiplomatische Beziehungen sind vor allem in der Komplexität und der militärischen Globalisierung zu sehen, erläutert der Leiter der Attachéabteilung, Brigadier Dr. Peter Vorhofer, die aktuellen Entwicklungen. Gerade in Zeiten steigender globaler Unsicherheiten ist das Vorhandensein eines militärdiplomatischen Netzes zur Früherkennung und Beurteilung von Krisen für einen neutralen Staat von großer Bedeutung. Österreich unterhält derzeit zu 69 Staaten, darunter auch zu allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, bilaterale militärische Beziehungen. (LVak/BMLVS) ❌



Die Brigadiere Prof. Urrisk und Dr. Vorhofer



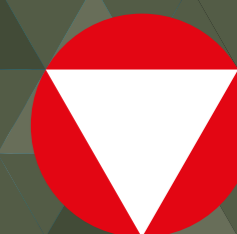
Der Herausgeber, Oberst Thomas Rapatz, bei der Vorstellung des Buches

BEDROHUNGEN VERÄNDERN SICH. WIR UNS AUCH.

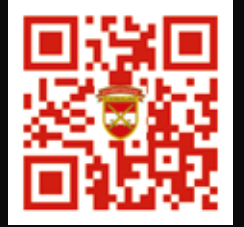


ZUSAMMEN STÄRKER.

  [bundesheer.at](https://www.bundesheer.at)



UNSER HEER



**Das sicherheitspolitische
Gewissen der Republik
Österreich**